

Elfte Sitzung – Onzième séance

Montag, 14. März 1994, Nachmittag
Lundi 14 mars 1994, après-midi

14.30 h

Vorsitz – Présidence: Haller Gret (S, BE)/Frey Claude (R, NE)

Fragestunde – Heure des questions

94.5049

Frage Steinemann
Entwicklungshilfe für Indien?

Question Steinemann
Aide au développement pour l'Inde?

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Gibt der Bund unter irgendeinem Titel – und allenfalls wieviel – Entwicklungshilfe an Indien?

Texte de la question du 14 mars 1994

La Confédération accorde-t-elle à un titre quelconque une aide au développement à l'Inde et, le cas échéant, à combien se monte cette aide?

Cotti Flavio, Bundesrat: Der Bund unterstützt in Indien sowohl private als auch staatliche Entwicklungsanstrengungen. Indien ist seit den sechziger Jahren eines der sogenannten Schwerpunktländer schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit. 1993 wurden 41 Millionen Franken aufgewendet, 1992 53 Millionen Franken.

Indien gehört zu den ärmeren Entwicklungsländern. Dies wird besonders deutlich, wenn man in Betracht zieht, dass gegen 40 Prozent der Gesamtbevölkerung – es sind etwa 300 Millionen Menschen – unter der Armutsgrenze leben. Die DEH ist in Indien vornehmlich in den folgenden Bereichen tätig: Tierhaltung, Land- und Milchwirtschaft, nachhaltige Landnutzung, Industrie und Kreditwesen sowie Bildungswesen.

Steinemann Walter (A, SG): Ich danke für die ausführliche Beantwortung. Nach meinem Wissen betreibt Indien ein kostspieliges Raketenprogramm – die Schweiz nicht. Wenn es der indischen Regierung wichtig erscheint, ein teures Raketenprogramm zu realisieren, anstatt mit diesen grossen Geldsummen im eigenen Land Entwicklung zu betreiben, finde ich das etwas seltsam.

Es ist auch für viele Bürger nicht einzusehen, dass die Schweiz diese Entwicklung betreiben soll. Findet der Bundesrat das richtig?

Cotti Flavio, Bundesrat: Einzelne Leistungen der verschiedenen Regierungen in den Entwicklungsländern sind nicht das Hauptkriterium für unsere Interventionen. Wir sind uns im klaren, dass hier – Herr Steinemann, Sie haben einen Fall erwähnt; man könnte verschiedene andere Fälle von Übertreibungen nennen – grundsätzlich die Armut und die objektiven Schwierigkeiten eines Landes als Kriterien gelten.

94.5058

Frage Gross Andreas
Vaclav Havel. «Charta Europas»

Question Gross Andreas
Vaclav Havel et la «Charte européenne»

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Wie beurteilt der Bundesrat die vom Staatspräsidenten Tschechiens, Vaclav Havel, am vergangenen Dienstag vor dem Europaparlament entwickelte Idee der Redaktion einer «Charta Europas»? Kann sich der Bundesrat vorstellen, an der gemeinsamen «Reflexion darüber, was die Identität Europas» ausmacht und die, wie Havel betont, die mittel- und osteuropäischen Staaten mit einschliessen muss, teilzunehmen und diese zu fördern? Wenn ja, wie gedenkt er diese Aufgabe zu erfüllen?

Texte de la question du 14 mars 1994

Que pense le Conseil fédéral de l'idée d'une «Charte européenne», développée par le président tchèque Vaclav Havel mardi dernier devant le Parlement européen? Pense-t-il pouvoir s'associer à la réflexion commune visant à définir l'«identité européenne», réflexion qui, comme le dit Havel, doit inclure les pays d'Europe centrale et orientale? Si oui, comment pense-t-il encourager ces efforts?

Cotti Flavio, Bundesrat: Die Rede von Präsident Vaclav Havel vor dem Europaparlament in Strassburg enthält mehrere Elemente zum europäischen Integrationsprozess, die auch für die Schweiz von grosser Bedeutung sind; so zum Beispiel die Überwindung der nach wie vor vorhandenen Trennlinien in Europa, die Ergänzung der wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen durch ideelle Elemente – Herr Gross Andreas, ich glaube, darüber wurde letzte Woche in diesem Saal gesprochen –, dazu die Schaffung eines Europas, das dem Bürger nähersteht und ihm besser verständlich ist.

Die Idee von Präsident Vaclav Havel beschränkt sich klar auf den Kreis der EU-Mitglieder. Als Nichtmitglied der EU hat die Schweiz keine direkte Möglichkeit, aktiv an einer sogenannten europäischen Charta mitzuwirken. Der Bundesrat begrüsst jedoch die konkreten Vorschläge von Präsident Vaclav Havel, die von Prag noch präzisiert werden müssen. Die Vision des tschechischen Präsidenten definiert eine Europäische Union, die auch dem Schweizer Bürger näherstehen würde. Sie liegt also ganz im Sinne des Berichtes des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren, und wir werden jede Gelegenheit benützen, um unsere Stimme, unsere Überzeugungen in ein Gespräch, das am Entstehen ist, einzubringen. Denn es besteht kein Zweifel: Der Beitrag von Präsident Vaclav Havel fällt allgemein in eine Situation, die sicher in den nächsten Jahren wesentliche Diskussionen – kreative Diskussionen, hoffen wir – bezüglich der Art und der Entwicklung der Europäischen Union und Europas allgemein hervorrufen wird.

Gross Andreas (S, ZH): Herr Bundesrat Cotti, ich möchte Ihnen für diese Antwort danken, Sie aber fragen: Gehe ich richtig in der Annahme, dass aus Ihren Worten jetzt sozusagen die Bereitschaft herausgehört werden kann, mit Präsident Havel, mit der Tschechischen Republik zum Beispiel, direkt, ohne die EU, in Kontakt zu treten und darüber zu diskutieren? Denn Herr Havel hat sich, wenn ich ihn richtig verstanden habe, nicht nur ausgesprochen an das Europa der Europäischen Union gewandt, sondern an alle, die an einer Überwindung des alten Grabens in Europa interessiert sind.

Cotti Flavio, Bundesrat: Wir haben anlässlich des kürzlichen Besuches des tschechischen Aussenministers in der Schweiz diese Themen schon angepackt. Ich möchte hinzufügen: Die Zielrichtung darf natürlich nicht nur ein einzelnes

Land sein; diese grundsätzliche Diskussion betrifft alle Länder dieses Kontinents, die eine Verantwortung tragen müssen und wollen.

94.5066

Frage Loeb François
Abzug russischer Truppen aus dem Baltikum
Question Loeb François
Pays Baltes. Retrait des troupes russes

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Anfang März wurden die Verhandlungen zum Abzug der russischen Truppen aus dem Baltikum von der Regierung Russlands erneut unterbrochen, obwohl versprochen worden war, die verbleibenden 2800 Mann per 31. August 1994 abzuführen.

Ich frage den Bundesrat an, in welcher Weise er seinen Einfluss direkt oder über die KSZE geltend machen kann, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, falls Russland auf der Truppenpräsenz beharrt?

Texte de la question du 14 mars 1994

Au début du mois de mars, le gouvernement russe a une nouvelle fois interrompu les négociations sur le retrait des troupes russes des pays Baltes, bien qu'il ait promis de retirer les 2800 hommes restants d'ici au 31 août 1994.

Je demande donc au Conseil fédéral comment il pourrait exercer une influence directe, ou indirecte par le biais de la CSCE, en vue d'obtenir une relance des négociations précitées. Que compte-t-il faire si la Russie décide de maintenir la présence de ses troupes?

Cotti Flavio, Bundesrat: Die Haltung des Bundesrates in dieser Frage, Herr Loeb François, ist bekannt. Er hat Russland mehrmals aufgefordert, die uneingeschränkte Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu respektieren und dementsprechend die verbliebenen Truppen ohne weitere Bedingungen abzuführen. Die Schweiz vertritt diese Position u. a. auch im Rahmen der KSZE, mit entsprechenden Interventionen. An den Treffen des permanenten Ausschusses der KSZE in Wien oder bei den Treffen des Ausschusses Hoher Beamter in Prag wird die Schweiz ihren Einfluss in dieser Beziehung auch weiterhin geltend machen; dies wird um so mehr erforderlich sein, wenn Russland auf seiner Truppenpräsenz beharren sollte. Auch bei bilateralen Treffen mit Vertretern Russlands, Estlands und Lettlands nutzen wir die Gelegenheit, die schweizerische Position in diesem Sinne zu erläutern und alle beteiligten Parteien zum Dialog aufzufordern. Unter anderem machten wir das beim Besuch des russischen Aussenministers Kosyrew vom letzten September in der Schweiz oder auch beim Treffen von Bundespräsident Stich mit dem estnischen Präsidenten Meri vom letzten 4. März hier in Bern.

Loeb François (R, BE): Die Situation ist so, dass Anfang März wiederum die Verhandlungen über den russischen Truppenabzug unterbrochen worden sind, z. B. in Estland. In Estland sind nach wie vor etwa 2800 Mann an russischen Truppen vorhanden. Es geht einfach nicht an, dass in einem souveränen Staat gegen dessen Willen fremde Truppen präsent sind. Mir scheint es, dass man jetzt erneut den schweizerischen Einfluss geltend machen muss.

Den zweiten Teil der Frage haben Sie mir nicht beantwortet. Ich habe gefragt, was der Bundesrat zu tun gedenkt. Zum Beispiel gewähren wir nach wie vor Kredite an Russland. Bestünde da nicht die Möglichkeit, ein Moratorium einzuführen, falls die Truppen am 30. Juni nicht abgezogen würden?

Ich bitte Sie, von unserer Seite alles daranzusetzen, dass die souveränen baltischen Staaten wirklich souverän werden und dass die russischen Truppen abgezogen werden.

Cotti Flavio, Bundesrat: Wir werden auch weiterhin jede Gelegenheit benützen, Herr Loeb François, um die Haltung, die Sie vertreten und die immer auch die Haltung des Bundesrates war, weiter zu bekräftigen. Bezüglich der Frage der Konditionalität unserer Hilfen an die Ostländer und auch an Russland erwähnen Sie hier ein Thema, welches eine objektive und substantielle Abwägung verlangt. Als negatives Element, das auch in Zukunft auf die Waagschale drückt, ist in diesem Fall ohne Zweifel diese unhaltbare Haltung Russlands zu erwähnen.

94.5076

Frage Bäumlin
Gute Dienste der Schweiz
im Nahostfriedensprozess

Question Bäumlin
Proche-Orient. Processus de paix
et bons offices de la Suisse

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Mit dem Spannungsgebiet Palästina ist die Schweiz seit langem auf mannigfaltige Weise (z. B. Uno-Sonderberichterstattung mit alt Bundesrat Felber) verbunden.

In seinem Bericht vom 28. Januar 1994, also vor dem Massaker von Hebron, welches die Nahostfriedensverhandlungen erneut zum Stillstand gebracht hat, werden die «am meisten beunruhigende Frage der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten» sowie die anderen ständigen schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Besetzer betont.

Was kann der Bundesrat tun und beitragen, um diese gefährlichen Bedrohungen des Friedensprozesses zu entschärfen und zu eliminieren?

Texte de la question du 14 mars 1994

Cela fait longtemps que la Suisse entretient des liens avec la zone de tensions que constitue la Palestine (notamment par le fait que M. Felber, ancien conseiller fédéral, est rapporteur spécial de l'ONU).

Dans son rapport du 28 janvier 1994, soit avant la tuerie d'Hebron – motif du nouveau blocage des négociations –, on relèvera l'insistance accordée à la question hautement inquiétante des colonies juives dans les Territoires occupés, ainsi qu'aux violations continues des droits de l'homme par les occupants.

Que peut faire le Conseil fédéral pour atténuer, voire éliminer, les graves menaces qui planent sur le processus de paix?

Cotti Flavio, Bundesrat: Dass Israel und die besetzten Gebiete trotz dem Grundlagenabkommen von Washington vorläufig weiterhin ein Spannungsgebiet sind, ist mit der kürzlichen Bluttat von Hebron erneut dramatisch deutlich geworden. Verschlechterte Lebensbedingungen, Enttäuschung, Fanatismus und Opposition gegen den Friedensprozess auf beiden Seiten sowie Verletzungen des humanitären Völkerrechts sind die Gründe dafür. Es wird immer offensichtlicher, dass die in Verletzung von Artikel 49 Absatz 6 der vierten Genfer Konvention errichteten israelischen Siedlungen in den entsprechenden Gebieten ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden sind. Wir bedauern deshalb die von Sonderberichtersteller René Felber erwähnte Intensivierung der Lagerkonfiskation durch Israel.

Der Bundesrat setzt sich auf allen Seiten für eine rasche Wiederaufnahme und Intensivierung des Friedensprozesses ein, welcher einzig eine dauernde Lösung bringen kann. Bis es so-

weit ist, müssen alle Seiten von Gewaltanwendung abgehalten werden, und die israelischen Behörden müssen ihren internationalen Verpflichtungen der zivilen Bevölkerung gegenüber nachkommen.

Durch unsere Aufbauhilfe an Palästina mit 60 Millionen Franken und unsere Mitarbeit in den multilateralen Arbeitsgruppen versuchen wir parallel dazu, die wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Voraussetzungen für einen wirklich dauerhaften Frieden zu schaffen.

Bäumlin Ursula (S, BE): Ich habe keine Zusatzfrage zur sehr guten Antwort, die Sie mir gegeben haben. Ich möchte nur darauf verweisen, dass sich durch Kürzung meiner Frage in der Fragestunden-Dokumentation, die Sie erhalten haben, ein völlig sinnentstellender Fehler eingeschlichen hat. Deswegen werde ich meine volle Frage, die Sie voll beantwortet haben, auch noch zu Protokoll geben.

94.5051

**Frage Comby
Olympische Spiele 2002. Unterstützung
der Schweizer Kandidatur durch den Bund**

**Question Comby
Appui de la Confédération à la candidature suisse
pour l'organisation des Jeux olympiques en 2002**

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Seit 1948 hatte die Schweiz nicht mehr die Ehre, Olympische Spiele zu organisieren. Die Kandidatur von Sitten/Wallis für die Spiele 2002 wurde durch die einstimmige Genehmigung am 28. Januar 1994 durch das Schweizerische Olympische Comité automatisch zur Kandidatur des ganzen Landes.

Es besteht die Absicht, möglichst harmonische, ausgewogene Spiele zu organisieren, welche die Natur respektieren und auch die kulturelle Dimension einbeziehen. In diesem Sinne werden alle Vorkehrungen getroffen werden, um jegliche Verschwendung und jeden unnötigen Eingriff in die Natur zu vermeiden. Die vorhandene Infrastruktur und die bereits bestehenden Einrichtungen sollen optimal genutzt werden.

Ist der Bundesrat bereit, diese internationale Veranstaltung des Sports und der Jugend, die ganz im Zeichen des Olympischen Geistes und der Zusammengehörigkeit der Menschen steht, moralisch, technisch und finanziell zu unterstützen, damit in der Schweiz Spiele organisiert werden können, die in organisatorischer Hinsicht keine Wünsche offenlassen?

Texte de la question du 14 mars 1994

Depuis 1948, la Suisse n'a plus eu l'honneur d'organiser des Jeux olympiques. La candidature de Sion/Valais pour l'organisation des «JO 2002» ayant été acceptée à l'unanimité par le Comité olympique suisse le 28 janvier 1994, elle est ainsi devenue la candidature de l'ensemble du pays.

Le but consiste à mettre sur pied des jeux de l'équilibre et de l'harmonie, qui soient respectueux de la nature et intègrent au mieux la dimension culturelle. Dans cette optique, toutes les dispositions seront prises pour éviter absolument tout gaspillage et toute atteinte inutile à l'environnement, en utilisant de façon optimale les infrastructures et les équipements existants.

Le Conseil fédéral est-il disposé à apporter son appui moral, technique et financier pour la parfaite organisation en Suisse de cette grande rencontre internationale du sport et de la jeunesse, placée sous le signe de l'esprit olympique et de la fraternité humaine?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Il est clair que les jeux de Lillehammer ont instauré de nouvelles normes, notamment en matière de protection de l'environnement, et ont donné un

sens nouveau aux Jeux olympiques, ce qui a motivé la réponse positive du Conseil fédéral à l'interpellation Martin Jacques (93.3643).

À l'annonce de la candidature, le comité d'organisation a reçu une lettre d'encouragement témoignant de l'appui moral du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral est en principe prêt à accorder l'appui technique des services compétents de la Confédération. Toutefois, une décision définitive ne pourra être prise qu'après l'analyse du cahier des charges fixé pour les jeux de 2002; et c'est à l'analyse, d'ailleurs, de ce cahier des charges que certains fonctionnaires seront déjà associés.

Lors de l'organisation de grandes manifestations sportives internationales, la Confédération peut accorder, sur la base du droit général, un appui financier sous la forme d'une garantie de déficit. Mais dans le cas d'espèce, c'est-à-dire pour l'organisation de Jeux olympiques d'hiver, le soutien de la Confédération devrait faire l'objet d'une décision spécifique sur la forme du soutien qui pourrait être apporté.

Vous avez souligné, Monsieur Comby, la dimension nationale de la candidature de Sion/Valais. Cette dimension est également reconnue par le Conseil fédéral. Elle implique non seulement l'appui de la population, qui est essentielle, mais certainement le vôtre aussi, Mesdames et Messieurs les Parlementaires.

Comby Bernard (R, VS): Je remercie le Conseil fédéral de la réponse qui a été donnée à ma question; je remercie en particulier M^{me} Dreifuss, conseillère fédérale, de son engagement pour soutenir la candidature suisse de Sion/Valais pour l'organisation des Jeux olympiques de 2002.

J'aimerais poser une question complémentaire concernant l'appui financier de la Confédération. Il est prévu une votation populaire en Valais le 12 juin de cette année. Dans cette perspective, si le comité d'organisation vous soumet, dans un mois environ, le budget de ces jeux, le Conseil fédéral est-il disposé à prendre une décision aussi rapidement pour nous dire dans quelle mesure il appuie financièrement l'organisation de ces Jeux olympiques?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Il me semble difficile de prendre ici l'engagement d'une décision aussi rapide, étant donné, comme je l'ai souligné tout à l'heure, qu'un arrêté spécial devrait être pris dans ce domaine. La seule décision que pourrait prendre le Conseil fédéral, c'est de commencer la procédure qui pourrait y mener. Or, pour que cette procédure puisse aboutir, il faudrait connaître plus précisément les termes mêmes de ce projet. Le calendrier tel qu'il est prévu est que le canton du Valais recevra d'abord le cahier des charges. Ce dernier sera étudié en collaboration avec les services compétents de la Confédération, et c'est cette première réponse sur le projet valaisan qui fera l'objet de l'expertise des envoyés du CIO.

Je crois donc que toute décision avant que le projet ne soit dessiné – et cela ne sera possible, à mon avis, que dans le courant de l'automne – ne sera pas autre chose que cet appui moral, cet appui technique et la réponse à la question de savoir quels sont les apports de la Confédération à l'organisation du projet, par exemple: transports, communications; toutes les tâches de la compétence nationale qui feront que le projet jouera.

Il me semble impossible de prendre un engagement sur un montant que la Confédération pourrait être amenée à verser pour les Jeux olympiques; cela serait prématuré d'ici le mois de juin. Nous ne pourrions que répéter, et nous le ferons, que, sur les plans moral, technique et du principe général, nous sommes prêts à accompagner les efforts du canton du Valais et des communes concernées pour présenter la meilleure candidature possible.

94.5056

Frage Rechsteiner
Subventionen für die Krankenkasse Artisana
Question Rechsteiner
Caisse-maladie Artisana. Subventions

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Die Direktion der Krankenkasse Artisana hat das Referendum gegen die KVG-Revision angekündigt, lange bevor das Parlament überhaupt die konkreten Beschlüsse in den strittigen Punkten fasste. Ich frage den Bundesrat:

Wie viele Bundessubventionen entfallen auf die Krankenkasse Artisana?

Wie werden insbesondere die Verwaltungskosten dieser Krankenkasse subventioniert?

Texte de la question du 14 mars 1994

La direction de la caisse-maladie Artisana a annoncé qu'elle lancerait un référendum contre la révision de la LAM, cela bien avant que le Parlement ne prenne de décisions concrètes sur les points litigieux. Je pose les questions suivantes au Conseil fédéral:

A combien se montent les subventions fédérales touchées par la caisse-maladie Artisana?

Et plus particulièrement: comment sont subventionnés les frais administratifs de cette caisse-maladie?

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Ma réponse sera tout à fait précise quant aux montants demandés.

Les subventions fédérales accordées à la caisse-maladie Artisana se montent à 16,2 millions de francs pour 1992. Ce montant est calculé sur la base de 144 390 membres.

Les frais administratifs des caisses-maladie ne sont pas subventionnés. Les subventions sont calculées en fonction des prestations des caisses en faveur des assurés. D'éventuels frais liés à une campagne référendaire seraient donc payés par les cotisations des assurés.

En outre, il faut noter que les effectifs de cette caisse ont beaucoup augmenté pendant l'année 1993, puisque, selon les chiffres publiés par le Concordat des caisses-maladie suisses, Artisana compte actuellement 203 900 membres. Elle recevra donc un montant plus élevé pour 1993 que celui que je vous ai indiqué pour 1992.

94.5047

Frage Keller Rudolf
Mit Blauhelmen in Richtung Nato?
Question Keller Rudolf
Rapprochement de l'Otan par l'engagement d'unités de casques bleus?

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Mit seinen zunehmend internationalistischer tönenden Ausführungen über unsere Armee bringt der Bundesrat an und für sich überzeugte Armeebefürworter zunehmend ins Zweifeln über den Sinn unserer Armee! Seit die Blauhelmvorlage unserem Parlament vorgelegt worden ist, wird immer mehr von Nato und Nato-Kompatibilität unserer Armee geredet. Ich gehe davon aus, dass dies eine bewusste Strategie zur langsamen Heranführung unseres Volkes an die Nato ist.

Ist sich der Bundesrat bewusst, dass er mit der Beschreitung dieses Weges Gefahr läuft, eine neue Kategorie von eher konservativen Armeegegnern zu schaffen, zumal es in diesen Kreisen ohnehin zunehmend Leute gibt, die sich fragen, ob es

sich noch lohnt, ein überfremdetes Land im Notfall militärisch zu verteidigen?

Texte de la question du 14 mars 1994

Avec ses propos à résonance de plus en plus internationalistes sur notre armée, le Conseil fédéral jette le doute parmi des partisans – en eux-mêmes convaincus – de cette institution, qui en viennent à douter du sens de notre armée! Depuis que le projet relatif aux casques bleus a été soumis à notre Parlement, on parle de plus en plus de l'Otan et de la compatibilité de notre armée avec l'Otan. Je pars du principe que c'est là une stratégie intentionnelle visant à rapprocher lentement notre peuple de l'Otan.

Le Conseil fédéral est-il conscient du fait qu'en s'engageant dans cette voie, il risque de créer une nouvelle catégorie d'adversaires de l'armée plutôt conservateurs, parmi lesquels on compte d'ores et déjà un nombre croissant de personnes qui se demandent s'il vaut encore la peine, en cas d'urgence, de défendre militairement un pays surpeuplé d'étrangers?

Villiger Kaspar, Bundesrat: Die freiwilligen Blauhelme werden ein wichtiges Instrument der schweizerischen Sicherheitspolitik sein.

1. Die Schweiz allein entscheidet, ob und unter welchen Bedingungen diese Blauhelme der UNO oder der KSZE zur Verfügung gestellt werden sollen. Irgendein Zusammenhang mit der Nato besteht also nicht. Das Volk wird am 12. Juni 1994 darüber entscheiden, ob wir Blauhelme haben werden oder nicht.

2. Die Schweiz wird neutral bleiben, auch wenn ihre Neutralitätspolitik im Sinne unserer geschichtlichen Tradition immer wieder an die neuen Realitäten angepasst werden muss. Das schliesst einen Nato-Beitritt ganz klar aus. Weil der Anschluss an ein Bündnis nicht in Frage kommt, muss unsere Armee ganz klar eine angemessene autonome Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten.

3. Weil die Nato bei der Förderung von Sicherheit und Stabilität in Europa eine zentrale Rolle spielt, liegt es in unserem ureigensten Interesse, den Dialog mit der Nato zu pflegen. Dies muss allerdings ganz klar innerhalb der Grenzen unserer Neutralität geschehen.

Aus allen diesen Gründen sieht der Bundesrat keinen Grund, warum überzeugte Armeebefürworter nun plötzlich zu Armeegegnern werden sollten.

94.5070

Frage Misteli
Finanzierung der schweizerischen Uno-Blauhelmtruppen
Question Misteli
Financement des troupes suisses de casques bleus

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Kann der Bundesrat zusichern, dass die Kosten für die Blauhelmtruppen (100 Millionen Franken für ein Kontingent von etwa 600 Mitgliedern und jeweils 60 Millionen Franken für die Anschaffungen) dem EMD-Budget belastet werden?

Texte de la question du 14 mars 1994

Le Conseil fédéral peut-il garantir que les coûts liés à la mise sur pied de troupes de casques bleus (100 millions de francs pour un contingent d'environ 600 hommes et 60 millions de francs pour l'équipement) seront imputés au budget du DMF?

Villiger Kaspar, Bundesrat: An sich handelt es sich bei einer schweizerischen Beteiligung an friedenserhaltenden Operationen um eine aussenpolitische Aufgabe, deren Kosten aber dort geteilt werden müssen, wo sie anfallen.

In seiner Botschaft vom 24. August 1992 über die schweizerischen Truppen für friedenserhaltende Operationen hat der Bundesrat deshalb festgehalten, dass die Mittel für die Aufstellung und für den Einsatz eines Schweizer Blauhelmkontingents im Voranschlag des EMD einzustellen sind. Bei den rund 60 Millionen Franken für die Beschaffung der erforderlichen Grundausrüstung und für die Errichtung eines Ausbildungszentrums handelt es sich um einmalige Kosten. Die jährlich rund 100 Millionen Franken für den Einsatz des Kontingents sind geschätzte Maximalkosten – das kann je nach Einsatz auch sehr viel weniger sein –, die, wenn die Einsätze vorhersehbar sind, selbstverständlich budgetiert werden oder andernfalls mit Nachtragskrediten finanziert werden müssten.

Misteli Marguerite (G, SO): Diese Aufwendungen sind zusätzliche Ausgaben. Meine Befürchtungen sind nun, dass mit dem Sparprogramm, das noch auf uns wartet, diese irgendwo kompensiert werden.

Im Hinblick auf die Volksabstimmung ist es aber von grosser Bedeutung, ob über die Departemente hinweg Kosten für die Blauhelmtruppen letztlich zu Lasten der humanitären Hilfe gehen. Ich bitte deshalb den ganzen Bundesrat um die Klarstellung, ob diese Mehrausgaben für die Blauhelmtruppen in irgendeiner Form durch Minderausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe kompensiert werden müssen.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Diese Frage kann ich deshalb nicht klar beantworten, weil Sie letztlich über das Budget befinden.

Der Bundesrat wird sicherlich nicht eine Position absichtlich kürzen, um etwas anderes zu ermöglichen, sondern er wird das im Budget einstellen und Sie werden abschliessend darüber befinden. Wenn ein Einsatz überraschend kommt, man ihn also vor der Budgetierung nicht vorhersehen konnte, wird Ihnen der Bundesrat die erforderlichen Mittel über einen Nachtragskredit beantragen müssen. Und es wird Ihnen obliegen, dazu ja oder nein zu sagen.

94.5075

Frage Steiner Rudolf
Hunter-Flugzeuge. Verkauf

Question Steiner Rudolf
Avions Hunter. Possibilités de vente

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Die Hunter-Flugzeuge und die zugehörige Munition sollen für teures Geld, das allenthalben fehlt, verschrottet und entsorgt werden. Gibt es in Anbetracht der leeren Bundeskasse tatsächlich keine Möglichkeit, aus den noch einsatzfähigen und somit geldwerten Flugzeugen Geld zu machen statt Schrott?

Texte de la question du 14 mars 1994

Les avions Hunter, armement compris, seront apparemment mis à la casse et éliminés à grands frais alors que, partout, on manque d'argent. Eu égard aux caisses vides de la Confédération, n'y a-t-il vraiment pas moyen d'utiliser ces avions pour faire de l'argent plutôt que de la ferraille, d'autant plus qu'ils sont encore opérationnels et qu'ils ont donc encore une valeur vénale?

Villiger Kaspar, Bundesrat: Die Hunter-Flugzeuge unserer Flugwaffe sind taktisch veraltet, sie sind aber auch technisch am Ende ihrer Lebensdauer. Nach dem Bekanntwerden des Scheiterns, die Hunter-Flotte auf Ende dieses Jahres aus dem Dienst zu nehmen, wurde von zwei Ländern Interesse am Kauf solcher Flugzeuge angemeldet. Das EMD hat vor allem auch aus Gründen möglicher Komplikationen mit der Kriegs-

materialgesetzgebung entschieden, grundsätzlich keine Hunter-Flugzeuge und Munition ins Ausland zu verkaufen.

Das Gesuch eines ausländischen Staates um Lieferung von Hunter-Ersatzteilen, die natürlich auch noch vorhanden sind, wird zurzeit noch geprüft.

94.5067

Frage Borer Roland
Verhinderung von Preisdumping

Question Borer Roland
Entreprises étrangères subventionnées. Dumping

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Kann mit der bestehenden eidgenössischen Submissionsverordnung wirkungsvoll verhindert werden, dass an ausländische Unternehmen, die direkt oder indirekt subventioniert werden, öffentliche Aufträge vergeben werden?

Texte de la question du 14 mars 1994

Peut-on empêcher efficacement, avec l'ordonnance fédérale sur les soumissions actuellement en vigueur, que des mandats publics soient donnés à des entreprises étrangères qui sont subventionnées directement ou indirectement?

Stich Otto, Bundespräsident: Gemäss Artikel 8 der geltenden eidgenössischen Submissionsverordnung sind Arbeiten und Lieferungen nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit an denjenigen Bewerber zu vergeben, der das günstigste Angebot eingereicht hat. Als günstigstes Angebot gilt dasjenige, das unter Berücksichtigung insbesondere der fachgerechten und rechtzeitigen Ausführung der Arbeit oder Lieferung den tiefsten Preis aufweist.

Die Submissionsverordnung bietet keine Handhabe, ausländische Unternehmen, die direkt oder indirekt subventioniert werden, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht zu berücksichtigen. Hingegen ermittelt sich das günstigste Angebot regelmässig nicht nur aufgrund des Preises, sondern in hohem Masse auch aufgrund von Kriterien wie Fachkenntnissen, Leistungsfähigkeit, Qualität und Infrastruktur des Anbieters. Gerade bei preislich ungewöhnlich niedrigen Angeboten sind diese Kriterien besonders sorgfältig zu prüfen.

Borer Roland (A, SO): Ich danke Ihnen für die genaue Antwort. Anhand eines konkreten Beispiels möchte ich Sie fragen, ob Sie nicht der Meinung sind, dass man wirklich etwas tun sollte: Für die PTT-Betriebe werden in Irland Postsäcke produziert. Man weiss, dass der irische Staat gegenwärtig Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen, extrem stark subventioniert. Dies ergibt dann u. a. die Preisdifferenz von 41 Prozent zwischen einem schweizerischen und einem irischen Angebot. Das ist doch ungerecht.

Wären Sie einverstanden, Herr Bundespräsident, wenn man gegen solche unechten Wettbewerbsverhältnisse etwas tun würde?

Stich Otto, Bundespräsident: Es ist nicht ganz einfach, hier eine eindeutige Antwort zu geben. Auf der einen Seite muss man festhalten, dass auch in diesem Rat immer wieder mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Effizienz gefordert werden. Man kann also nicht beliebig einfach jedes Angebot berücksichtigen. Das ist das eine.

Zum anderen wird es gelegentlich wieder neue Wettbewerbsregeln in bezug auf das Gatt geben, das ist auch selbstverständlich. Wettbewerb an sich heisst natürlich noch nicht, dass er auch fair ist. Das sehen Sie nicht nur an einem solchen Beispiel mit der Subventionierung durch einen Staat. Das Gleiche haben wir auch, wenn eine Privatfirma offeriert, die nachher mit grossen Verlusten den Laden schliesst. Das ist auch

eine Art Subventionierung zu Lasten von irgend jemandem. Das ist nicht ganz einfach zu vermeiden.

Dasselbe haben wir natürlich auch im Bereich des Umweltschutzes. Wenn es in einem Land Unternehmen gibt, die auf Umweltschutzbedingungen verpflichtet sind, dann sind sie natürlich weniger konkurrenzfähig gegenüber jenen Anbietern aus dem Ausland, die solche Bedingungen nicht einhalten müssen.

Aber – wie ich gesagt habe – in jedem Fall soll man die Angebote wenigstens in bezug auf die Qualität und die Hintergründe sorgfältig überprüfen, besonders wenn sie sehr günstig sind.

94.5077

Frage Miesch
Verletzung des Kabotageverbots

Question Miesch
Violation de l'interdiction du cabotage

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Ist dem Bundesrat bekannt, dass ab dem Containerdepot Niederglatt holländische LKW fast täglich Container abholen und zu Kunden in der Schweiz fahren (Binnenlandverkehr), was stillschweigend geduldet wird, während Transporteure aus der BRD aber für Fahrten ab dem Badischen Bahnhof Basel (Containerterminal) bestraft werden?

Was unternimmt der Bundesrat gegen diese Übertretungen oder die ungleiche Behandlung der Unternehmer an verschiedenen Terminals?

Texte de la question du 14 mars 1994

Le Conseil fédéral sait-il que presque chaque jour des camions hollandais viennent chercher des conteneurs au dépôt de Niederglatt pour les apporter à des clients suisses (camions qui pratiquent donc le transport intérieur) et que la chose est tacitement tolérée, alors que les transporteurs allemands qui circulent à partir du terminal de conteneurs de la gare badoise de Bâle sont, eux, sanctionnés?

Qu'entend faire le Conseil fédéral pour lutter contre ces infractions ou pour traiter de la même façon les transporteurs qui opèrent à partir de terminaux différents?

Stich Otto, Bundespräsident: Vom Containerdepot Niederglatt aus werden die meisten Waren per Bahn weitergeleitet. Für übergewichtige Transporte auf der Strasse besteht eine Bewilligungspflicht. Die Strassentransporte werden mit einer Ausnahme ausschliesslich von Schweizer Transporteuren durchgeführt. Die Ausnahme betrifft dickflüssiges Polyäthylen aus den USA, das in einer Spezialzisterne importiert wird. Diese Zisterne wird auf einem unverzollten niederländischen Sattelmotorfahrzeug mit Spezialhebevorrichtung transportiert. Die Transporte finden höchstens einmal monatlich auf einer Distanz von etwa 500 Metern, von Niederglatt nach Oberhasli, statt. In der Schweiz sind keine Fahrzeuge für den Transport solcher Spezialzisternen zugelassen.

Generell kann gesagt werden, dass die Oberzolldirektion eine gute Übersicht über die Einhaltung des Kabotageverbots hat und gegen Zuwiderhandlungen entschieden einschreitet, was auch durch den Fall Badischer Bahnhof in Basel – den Sie in Ihrer Frage erwähnen – belegt wird.

Miesch Christian (R, BL): Wann gedenkt der Bundesrat das Kabotageverbot aufzuheben?

Stich Otto, Bundespräsident: Diese Frage kann ich Ihnen nicht auf den Tag oder die Stunde genau beantworten. Es hängt auch damit zusammen, dass das nur in Frage kommt, wenn gegenseitige Vereinbarungen getroffen werden, und das ist bis jetzt nicht der Fall.

94.5061

Frage Wick
Import und Verkauf von Holzprodukten aus Raubbau

Question Wick
Déforestation dévastatrice et importation de bois

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Hat der Bundesrat konkrete Schritte unternommen, um in der Schweiz den Import und den Verkauf von Holzprodukten aus Raubbau, d. h. aus nicht nachhaltig bewirtschafteten Wäldern, einzudämmen?

Texte de la question du 14 mars 1994

Le Conseil fédéral a-t-il pris des mesures concrètes pour stopper l'importation et la vente en Suisse de produits fabriqués à partir de bois provenant de forêts déboisées à outrance et exploitées d'une manière qui ne tient pas compte du principe du développement durable?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La délégation suisse a joué un rôle important dans les négociations pour un accord international sur les bois tropicaux, négociations qui viennent de se terminer à Genève. Le résultat est inférieur à celui que nous aurions souhaité, mais il constitue néanmoins un bon pas dans la bonne direction. Vous le savez, l'administration fédérale, de surcroît, est très active dans le terrain, en ce sens que nous avons financé des projets de mise en valeur des forêts tropicales pour une période durable dans les quatre coins du monde: au Honduras, en Bolivie, en Indonésie, en Malaisie et aussi en Afrique.

Nous devons, Monsieur Wick, jouer pleinement le jeu de la coopération multilatérale et de la coopération bilatérale pour sauver la forêt tropicale. Le dialogue et la coopération technique parviendront à convaincre les gouvernements qu'ils doivent gérer leur patrimoine naturel d'une manière durable, et à leur fournir les moyens nécessaires pour le faire.

La solution qui consisterait à limiter les importations et la vente de produits en bois provenant de forêts qui ne sont pas gérées durablement ne nous paraît pas être la bonne solution. En effet, il n'y a aucune base légale qui permette de le faire. Il n'y a, au plan international, aucun système de critères qui permettrait de déterminer si oui ou non une forêt est gérée durablement. On courrait donc le risque d'interdire à l'importation des producteurs qui font très correctement et très intelligemment leur travail, et de laisser passer entre les gouttes ceux qui le font moins bien.

Et puis, surtout, nous ne sommes pas en mesure, administrativement parlant, de déterminer, à la frontière, si des bois importés en Suisse proviennent de forêts mal gérées ou non, même si ces critères existaient. Je crois qu'un Etat se disqualifie s'il prend des mesures, héroïques et réglementaires, et s'il n'est pas à même d'en vérifier l'application.

Nous voyons bien davantage, dans l'attribution d'un label spontané, la contribution que nous pouvons apporter à ce problème, et nous souhaitons y parvenir.

Enfin, je dirai que les pays propriétaires des forêts tropicales se sont engagés à n'exporter que des bois issus de forêts gérées d'une manière durable, cela dès l'année 2000.

C'est loin, c'est trop loin sans doute. Mais vous voyez aussi que le programme est très ambitieux. Alors, notre attitude est de tout faire pour les aider à atteindre ce programme dans les six ans qui viennent, plutôt qu'à intervenir d'une manière arbitraire et qui serait peu convaincante. C'est dans ce sens que nous continuons notre action.

94.5062

Frage Leemann
Zivildienstgesetz. Botschaft
Question Leemann
Loi sur le service civil. Message

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Seit Monaten warten wir auf die Botschaft zum Zivildienstgesetz. Ich bitte den Bundesrat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wann ist die Botschaft zum Zivildienstgesetz zu erwarten? Stimmt es, dass bei der Dienststelle, die für den Zivildienst zuständig ist, Stellen abgebaut wurden?
2. Sind bei einer Neuregelung der Erwerbssatzordnung Verbesserungen für Langzeiteinsätze von Dienstleistenden, beispielsweise von Arbeits- und Zivildienstleistenden sowie von Unteroffizieren, vorgesehen?

Texte de la question du 14 mars 1994

Depuis des mois, nous attendons le message relatif à la loi sur le service civil. A cet égard, je pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. Pour quand le message relatif à la loi sur le service civil est-il prévu? Est-il vrai que des postes ont été supprimés au sein du service chargé des questions de service civil?
2. Est-il prévu d'améliorer le régime des allocations pour perte de gain applicable aux affectations de longue durée, par exemple pour les personnes accomplissant un travail d'intérêt général ou un service civil et pour les sous-officiers?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Vous avez, Madame Leemann, posé deux questions.

Première question: Quand le message sera-t-il adressé aux Chambres fédérales? Réponse: le message relatif à la loi sur le service civil vous parviendra vers le milieu de cette année. Vous avez raison de dire que le blocage du personnel nous joue des tours. 5,5 places vacantes au total n'ont pas pu être pourvues à l'Ofiamt, le fameux «Biga», en français. Dans le domaine de l'astreinte au travail et du service civil, on a renoncé à repourvoir le poste de traducteur à 50 pour cent et celui de 30 pour cent consacré aux tâches d'exécution. Ce manque de personnel sera comblé, précisément, par l'engagement d'une personne qui est astreinte au travail.

Deuxième question: le Conseil fédéral examinera les améliorations en ce qui concerne les allocations pour pertes de gain en cas d'affectations de longue durée. En novembre 1993, le Conseil fédéral a déjà constaté qu'il est nécessaire d'intervenir afin d'améliorer la situation en cas d'affectations qui durent plusieurs mois. Cela est d'autant plus nécessaire en période de difficultés économiques.

94.5071

Frage Weder Hansjürg
Pilatus-Flugzeuge – doch Kriegsmaterial!
Question Weder Hansjürg
Avions Pilatus. Matériel de guerre

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Gegen mexikanische Bauern und in Burma fahren repressive Kräfte – unterstützt mit Pilatus-Flugzeugen aus Stans – dazwischen, radieren kleine Dörfer aus und bringen Menschen um. Wie lange will der Bundesrat Arbeitsplätze in Stans weiter verteidigen, und welche Greuel müssen noch geschehen, bis auch ihm klar wird, dass unser Wohlergehen nicht auf Mord und Totschlag aufgebaut werden kann?

Texte de la question du 14 mars 1994

Des forces répressives – soutenues par des avions Pilatus fabriqués à Stans – s'attaquent à des paysans au Mexique et en Birmanie pour rayer de la carte des petits villages et pour tuer des êtres humains.

Pendant combien de temps le Conseil fédéral entend-il continuer à défendre des emplois à Stans, et quelles atrocités devront encore être commises jusqu'à ce que, lui aussi, comprenne que notre bien-être ne peut reposer sur des meurtres et des assassinats?

94.5074

Frage Rechsteiner
Bewaffneter Einsatz von PC-7 und PC-9
Question Rechsteiner
Utilisation d'avions PC-7 et PC-9 armés

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Im Zusammenhang mit dem Einsatz von bewaffneten PC-7-Flugzeugen gegen die indianische Bevölkerung in Chiapas/Mexiko und der Lieferung von Ersatzteilen nach Burma frage ich den Bundesrat:

1. Hat er davon Kenntnis genommen, dass die PC-7 in Chiapas gegen die Bevölkerung eingesetzt worden sind? Was zieht er daraus für Konsequenzen?
2. Ist er nicht auch der Auffassung, dass die Lieferung von Ersatzteilen im Umfang von fast einer halben Million Franken nach Burma gegen den Bundesratsentscheid vom 8. März 1993 verstösst?

Texte de la question du 14 mars 1994

En rapport avec l'utilisation d'avions PC-7 armés contre la population indienne du Chiapas au Mexique et avec la livraison de pièces détachées à la Birmanie, je pose les questions suivantes au Conseil fédéral:

1. Sait-il que, au Chiapas, les PC-7 ont été utilisés contre la population? Quelles conséquences en tire-t-il?
2. N'estime-t-il pas aussi que la livraison de pièces détachées à la Birmanie pour près d'un demi-million de francs est contraire à la décision du Conseil fédéral du 8 mars 1993?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je me permettrai de répondre en un seul tenant, non seulement à M. Weder Hansjürg, mais aussi à M. Rechsteiner, qui ont posé des questions semblables.

Le Conseil fédéral déplore, bien sûr, l'engagement d'appareils PC-7 ou PC-9, destinés normalement à la formation des pilotes, dans le contexte d'affrontements. C'est pourquoi il a décidé, l'année passée, d'interdire la livraison d'appareils PC-7 et PC-9, lorsqu'ils sont munis de points d'ancrage, vers des pays où il est interdit d'exporter du matériel de guerre, ou lorsqu'il faut envisager que ces avions serviront de moyens de combat. Cela s'applique aux avions munis des points d'ancrage, et le Conseil fédéral, depuis les décisions de l'année dernière, n'a autorisé aucune exportation vers le Mexique de semblables appareils munis de points d'ancrage.

M. Kellenberger, secrétaire d'Etat, au Département fédéral des affaires étrangères, a de surcroît fait venir l'ambassadeur du Mexique pour s'entretenir avec lui de ce sujet, et l'ambassadeur du Mexique lui a affirmé que les avions avaient uniquement été engagés pour des vols de reconnaissance. Je vous cite les propos de l'ambassadeur du Mexique, sans me déterminer personnellement à leur sujet, naturellement.

Voilà pour les appareils munis de points d'ancrage. Aucun n'a donc été exporté au Mexique depuis les décisions de l'année dernière. Les pièces détachées, elles, peuvent être envoyées

et exportées sans autorisation, sauf les équipements de télécommunication de bord et les turbines à gaz – qui eux sont soumis, Messieurs Weder Hansjürg et Rechsteiner, au régime du permis d'exportation.

94.5073

Frage Hegetschweiler
«Arena»-Sendung im Fernsehen DRS
zum Thema Arbeitslosenunterstützung
und Kurzarbeitsentschädigung

Question Hegetschweiler
Emission «Arena» de la télévision alémanique.
Soutien aux chômeurs
et indemnisation du chômage partiel

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

1. Gibt es verlässliche Angaben zur während der Fernsehsendung «Arena» geäußerten Behauptung, dass Artikel 33 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes laufend krass verletzt werde, indem missbräuchlich und in grossem Ausmass auch Kurzarbeitsentschädigung für betriebsorganisatorische Massnahmen sowie andere übliche und wiederkehrende Betriebsunterbrechungen oder Umstände bezogen werde, die zum normalen Arbeitsrisiko des Arbeitgebers gehörten?
2. Stimmt es, dass weder die Aufsichtskommission noch das Biga und die kantonalen Arbeitsämter sich dieses Missbrauchspotentials bisher angenommen haben?
3. Stimmt es, dass die wenigen Stichproben, die 1992 (19) und 1993 (14) durchgeführt worden sind, gezeigt haben, dass mehr als die Hälfte der untersuchten Firmen Gesetzesverletzungen begangen und widerrechtlich Kurzarbeitsentschädigung bezogen haben?
4. Welche Konsequenzen hat widerrechtlicher Bezug von Kurzarbeitsentschädigung, und werden solche Gelder zurückgefordert?

Texte de la question du 14 mars 1994

1. Dispose-t-on d'indications fiables confirmant ce qui a été dit lors de l'émission «Arena» de la télévision alémanique, à savoir que l'article 33 de la loi sur l'assurance-chômage serait régulièrement violé par le fait que les entreprises percevraient, à tort et en masse, elles aussi des indemnités de chômage partiel en contrepartie de mesures organisationnelles, d'interruptions usuelles et répétées de la production ou pour toute autre raison relevant du risque normal encouru par un employeur?
2. Est-il vrai que ni la Commission de surveillance ni l'Ofiamt et les offices cantonaux du travail ne se sont préoccupés jusqu'à présent de ces abus?
3. Est-il encore vrai que les quelques enquêtes par sondage qui ont été faites en 1992 (au nombre de 19) et en 1993 (au nombre de 14) ont révélé que plus de la moitié des entreprises sondées avaient contrevenu à la loi en ayant perçu à tort des indemnités de chômage partiel?
4. Quelles conséquences cette perception abusive a-t-elle et exige-t-on le remboursement des sommes perçues à tort?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: M. Hegetschweiler pose quatre questions.

La première: je peux répondre qu'il n'y a pas d'indice fiable qui permette d'affirmer que des entreprises perçoivent des indemnités en cas de réduction de l'horaire du travail lorsque des pertes de travail sont dues à des mesures touchant l'organisation des entreprises, ou à des interruptions habituelles de l'exploitation, ou encore à des circonstances inhérentes aux risques d'exploitation que l'employeur doit assumer. En d'autres termes, je n'exclus pas qu'il puisse y avoir des abus. Je ne peux pas imaginer alors, sur la base de ce que nous savons de ce domaine, que ce soient des abus généralisés ou systématiques. Ce n'est assurément pas le cas.

Deuxième question: le système conçu dans ce domaine par le législateur repose évidemment sur ce que j'appellerai un minimum de confiance entre les entreprises et les organes d'exécution de l'assurance-chômage. Les offices cantonaux du travail, notamment, procèdent à un examen de la situation dans l'entreprise. Il suffit que l'entreprise rende vraisemblable que la réduction est due à des raisons économiques et que les postes de travail peuvent être maintenus par la réduction de l'horaire de travail. Cette solution, choisie par le législateur, est un compromis entre le souci d'empêcher les abus et le souci d'éviter des mesures disproportionnées de contrôle.

Votre troisième question est d'une nature différente. Cela me permet de vous dire qu'en 1992, 7 contrôles d'entreprises ont été effectués par sondage ou sur la base d'éléments suspects apparus lors de la révision des paiements des caisses de chômage. Trois de ces contrôles ont permis de mettre en évidence une situation abusive de la part de l'employeur. En 1993, ce sont 14 contrôles qui ont révélé à peu près la même proportion d'abus, c'est-à-dire 8 cas. Et je vous dis, Monsieur Hegetschweiler, qu'en cette matière, c'est trop, c'est même inadmissible. J'ai chargé l'Ofiamt de mettre en place des brigades efficaces en dépit des insuffisances de personnel, car, pour finir, on perd de l'argent, de l'argent du contribuable si on laisse passer entre les mailles du filet un certain nombre de ces abus.

Quatrième et dernière question: en cas de perception indue de l'indemnité lors de réduction de l'horaire de travail, il y a commission d'un délit. La peine sera de l'emprisonnement pour 6 mois au plus ou d'une amende jusqu'à 20 000 francs, à moins qu'il s'agisse d'un crime ou d'un délit frappé d'une peine plus élevée par le Code pénal. Les deux peines peuvent être cumulées et les sommes perçues indûment doivent être, réparation civile, restituées.

Hegetschweiler Rolf (R, ZH): Dass es sich bei der Kurzarbeitsentschädigung nicht um eine Bagatelle handelt, beweisen die Zahlen. An Kurzarbeitsentschädigungen mussten im Jahre 1990 nämlich 16 Millionen Franken, 1991 schon 200 Millionen Franken, 1992 gut 500 Millionen Franken und 1993 gegen 800 Millionen Franken bezahlt werden – seit 1990 also insgesamt mehr als 1,5 Milliarden Franken.

Ich bin sehr froh, dass der Bundesrat den Ernst der Lage erkennt und die Zahl der Kontrolleure – ich habe gehört, dass bisher für diese Überprüfungen vier Beamte eingesetzt waren, womit angesichts des Volumens von ungefähr einer Milliarde Franken pro Jahr nicht sehr viel herauszuholen war – auf acht verdoppelt hat.

Wie sie gehört haben, zeigten Stichproben einen gewaltigen Anteil der Missbräuche auf. Das Missbrauchspotential ist beängstigend. Ich habe zwei Fragen: Von wann an werden die Equipen am Werk sein, die Sie, Herr Bundesrat Delamuraz, einsetzen wollen, um diesem Problem auf den Grund zu gehen? Und eine Anschlussfrage: Warum stellt man nicht Arbeitslose ein, die sich mit diesem Problem befassen würden? Diese sind ja schon bezahlt, nur von einer anderen Kasse. Das würde doch auf der Hand liegen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je suis reconnaissant à M. Hegetschweiler de ses questions complémentaires. A la première, je peux répondre que ce système aura sa pleine efficacité à l'été 1994, c'est-à-dire dans les semaines qui viennent.

A sa seconde question, je répond que c'est exactement ce que j'ai dit au directeur de l'Ofiamt: «Pourquoi diantre n'utilisez-vous pas un certain nombre de chômeurs qui sont qualifiés pour s'engager dans cet exercice? Ils auraient ainsi l'occasion de faire quelque chose et, deuxièmement, nous les paierions pour faire quelque chose d'utile.» J'ajoute que dans ce domaine, ce sont souvent des fiduciaires que nous avons commises à l'extérieur pour nous aider dans ce travail d'analyse, car il n'est pas tout simple et il n'est pas facile à établir.

Mais nous tenons le bon cap maintenant et nous nous rendons compte qu'il y a des domaines où l'Etat, dans sa grande générosité, dans sa grande candeur, a tort de faire, a priori, toujours confiance, et qu'il faut sanctionner ça par un certain nombre d'interventions. L'appareil, je l'espère, sera en place à l'été.

94.5043

Frage Bircher Peter
Konkordat für die Rechtshilfe unter den Kantonen
Question Bircher Peter
Entraide judiciaire. Concordat intercantonal

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Wir haben bezüglich der Strafbarkeit der kriminellen Organisation eine Ergänzung des StGB beraten. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass diese Ergänzung und Verschärfung im Kampf gegen das internationale Verbrechen (Drogenmafia) nur dann zur vollen Wirkung kommen, wenn die Kantone beim Konkordat betreffend die gegenseitige Rechtshilfe zügig vorankommen? Ist es zutreffend, dass bis heute erst sieben Kantone dem Konkordat beigetreten sind?

Texte de la question du 14 mars 1994

Nous avons débattu de nouvelles dispositions du CP sur la punissabilité de l'organisation criminelle, dispositions qui visent à combler des lacunes et à poursuivre plus sévèrement le crime international (mafia de la drogue). Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas que les cantons doivent accélérer les choses en ce qui concerne le concordat sur l'entraide judiciaire si l'on veut que ces nouvelles règles soient pleinement efficaces? Est-il vrai qu'à ce jour, sept cantons seulement ont adhéré à ce concordat?

Koller Arnold, Bundesrat: Mit der Verabschiedung des zweiten Massnahmenpakets gegen das organisierte Verbrechen sind die materiellrechtlichen Voraussetzungen für eine effiziente Bekämpfung der organisierten Kriminalität geschaffen. Es versteht sich indessen, dass die neuen Strafnormen nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn auch der Vollzug gewährleistet ist.

Das von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren ausgearbeitete Konkordat über die Rechtshilfe und die interkantonale Zusammenarbeit in Strafsachen stellt hier in der Tat einen wesentlichen Schritt dar. Der Bundesrat begrüsst es denn auch, wenn möglichst bald alle Kantone diesem Konkordat beitreten. Der Entscheid hierüber obliegt jedoch – wegen der verfassungsmässigen Kompetenzordnung im Bereich des Strafverfahrensrechts – vollumfänglich den einzelnen Kantonen.

Dem Konkordat, welches im November 1993 in Kraft getreten ist, haben sich bisher fünf Kantone angeschlossen. Wir sind zuversichtlich, dass bald weitere folgen werden. Dass bis zum Beitritt der Kantone etwas Zeit verstreicht, liegt in erster Linie daran, dass in den Kantonen nach dem Entscheid zum Beitritt zum Konkordat durch das Parlament vielfach noch die Referendumsfrist abgewartet werden muss, bis der formelle Beitritt erfolgen kann.

Für den innerstaatlichen Vollzug der neuen Strafnormen wird auch die Entsendung von Polizeiverbindungsbeamten ins Ausland sowie die vorgeschlagene Schaffung einer Zentralstelle gegen das organisierte Verbrechen beim Bundesamt für Polizeiwesen wichtige Verbesserungen bringen. Dieses Geschäft wird zurzeit von der zuständigen Kommission des Ständerates behandelt.

94.5044

Frage von Felten
Gesetzgebung im Bereich
der Reproduktionsmedizin
Question von Felten
Législation en matière
de médecine de la procréation

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Am 18. Januar 1994 ist die Initiative für menschenwürdige Fortpflanzung eingereicht worden.

Inwiefern ändert sich der Terminplan betreffend Gesetzgebung im Bereich der Reproduktionsmedizin?

Texte de la question du 14 mars 1994

Une initiative intitulée «pour une procréation respectant la dignité humaine» a été déposée le 18 janvier dernier.

Dans quelle mesure le calendrier législatif en matière de médecine de la procréation s'en trouve-t-il modifié?

Koller Arnold, Bundesrat: Der Terminplan betreffend die Gesetzgebung im Bereich der Reproduktionsmedizin erfährt keine Änderung. Der Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die assistierte Fortpflanzungsmedizin wird voraussichtlich noch im Herbst dieses Jahres in die Vernehmlassung geschickt.

94.5045

Frage Keller Rudolf
Schweizerfeindlicher Asylfilm
Question Keller Rudolf
Tournage d'un film sur l'asile hostile à la Suisse

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Peter von Gunten dreht einen neuen Asylfilm (Titel «Weg der Schweiz»), mit dem er unter anderem zeigen will, «dass die Schweizer nicht definieren können, was schweizerisch ist, was Schweizer sein ausmacht». Der Film wird von der Universität Bern – auch finanziell – mitgetragen. Mit Bewilligung der Behörden darf Herr von Gunten für sein Vorhaben die Empfangsstelle Chiasso benutzen.

Ich frage deshalb den Bundesrat, weshalb die Behörden für einen solch schweizerfeindlichen Film die Drehgenehmigung in einer Asylempfangsstelle gegeben haben und ob sich der Bundesrat von den oben zitierten Äusserungen distanziert.

Texte de la question du 14 mars 1994

Peter von Gunten tourne actuellement un nouveau film sur l'asile («Weg der Schweiz»), par lequel il entend montrer notamment que les Suisses ne sont pas à même de définir ce qui est suisse ni ce que signifie le fait d'être suisse. L'Université de Berne soutient et finance ce film. Les autorités ont permis à M. von Gunten d'utiliser le centre d'accueil de Chiasso pour le tournage de son film.

Dès lors, je demande au Conseil fédéral pourquoi les autorités ont accordé cette autorisation étant donné le caractère clairement hostile à la Suisse du film en question et s'il a l'intention de se distancer des affirmations précitées.

Koller Arnold, Bundesrat: Der Film begleitet Asylbewerberinnen und -bewerber auf ihrem Weg vom Grenzübertritt und vom Zeitpunkt ihrer Gesuchstellung bis zum Abschluss des Verfahrens. Die Perspektive ist diejenige der Gesuchsteller, und ihre Begegnungen mit Schweizerinnen und Schweizern sollen im Brennpunkt stehen.

Das Zitat, das Herr Rudolf Keller anführt, ist einer Pressemitteilung des Filmregisseurs vom 23. November 1993 entnommen, aber aus dem Zusammenhang herausgelöst und überdies nicht in seiner ursprünglichen Form wiedergegeben.

Es geht beim zur Diskussion stehenden Projekt nicht darum, das Schweizersein aufs Korn zu nehmen, sondern die Definition des Fremden und Fremdseins und damit die Formen der persönlichen Abgrenzung in Frage zu stellen.

Das Projekt wird vom Bundesamt für Kultur und der Erziehungsdirektion des Kantons Bern finanziell unterstützt. Der geplante Film beabsichtigt weder die hiesige kulturelle Identität anzuklagen, noch beabsichtigt er, diese zu negieren, sondern er lädt zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit ihr ein.

94.5046

Frage Keller Rudolf
Patienteninformation

Question Keller Rudolf
Information des patients

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Die Zivilkammer des Zürcher Obergerichts kam in einem Verfahren zum Schluss, dass ein Arzt seinen Patienten nicht über alle Risiken einer Operation informieren musste. Ärzte müssten abwägen, was sie Patientinnen und Patienten sagen wollten und was nicht. Der vor Gericht klagende Patient hätte aber der Operation nicht zugestimmt, wenn er «alles» über die möglichen Folgen gewusst hätte.

Deshalb frage ich den Bundesrat, ob in dieser Frage im Interesse der Patientinnen und Patienten nicht eine bessere und klarere Regelung gefunden werden müsste und ob er allenfalls bereit wäre, diese Thematik näher zu prüfen.

Texte de la question du 14 mars 1994

La Chambre civile de la Cour suprême du canton de Zurich a jugé qu'un médecin n'était pas obligé d'informer son patient de tous les risques d'une opération, qu'il devait faire la part de ce qu'il voulait lui révéler et ne pas lui révéler, enfin que le patient en question n'aurait pas accepté d'être opéré s'il avait «tout» su des conséquences possibles de l'intervention chirurgicale.

Je demande au Conseil fédéral s'il n'estime pas qu'il faut trouver, dans l'intérêt des patients, une réglementation qui soit meilleure et plus claire et, si oui, s'il est disposé à examiner ce problème de plus près.

Koller Arnold, Bundesrat: Nach den Informationen, die wir vom Zürcher Obergericht erhalten haben, bezieht sich die Frage von Herrn Keller Rudolf auf einen noch nicht rechtskräftigen Entscheid. Es kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Entscheid an das Bundesgericht weitergezogen wird. Aus Gründen der Gewaltentrennung kann zurzeit nicht näher auf die Frage eingetreten werden.

94.5054

Frage Fankhauser
Asylgesuche
bei schweizerischen Vertretungen im Ausland

Question Fankhauser
Demandes d'asile
auprès de représentations suisses à l'étranger

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Artikel 13a des Asylgesetzes sieht die Möglichkeit der Einreichung eines Asylgesuches «bei einer schweizerischen Vertretung» vor.

Wie viele Gesuche wurden bei schweizerischen Vertretungen in den letzten Jahren eingereicht?

Wie lange dauert es, bis Gesuchsteller eine Antwort bekommen?

Wer gewährt den Schutz der Gesuchsteller bis zu einer allfälligen bewilligten Aus- bzw. Einreise?

Texte de la question du 14 mars 1994

L'article 13a de la loi sur l'asile prévoit la possibilité de présenter une demande d'asile «auprès d'une représentation suisse».

Ces dernières années, combien de fois cela a-t-il été le cas?

Combien de temps faut-il avant que le demandeur d'asile reçoive une réponse?

Qui assure sa protection jusqu'au moment où, éventuellement, il est autorisé à sortir du pays ou à entrer en Suisse?

Koller Arnold, Bundesrat: In den schweizerischen Vertretungen im Ausland wurden in den letzten drei Jahren 317 Asylgesuche eingereicht. In 71 Fällen wurde die Einreise bewilligt, 235 Begehren wurden abgewiesen und 11 Gesuche abgeschrieben.

Das Verfahren richtet sich nach Artikel 13b Asylgesetz und der entsprechenden Weisung des Departementes vom 22. Februar 1993. Mehrheitlich werden die Gesuche bei schweizerischen Vertretungen in Drittstaaten eingereicht. Im Regelfall erhalten die Gesuchsteller innert ein bis zwei Wochen eine Antwort. Liegt offenkundig eine unmittelbare Gefährdung nach Artikel 3 Absatz 1 Asylgesetz vor, verzichtet die schweizerische Vertretung auf eine detaillierte Befragung und leitet das Gesuch dem Bundesamt für Flüchtlinge weiter, wo umgehend über die Einreisebewilligung entschieden wird.

Fankhauser Angelina (S, BL): Ich danke Herrn Bundesrat für die Beantwortung der Fragen. Aber die dritte Frage – wer gewährt den Schutz der Gesuchsteller bis zur Ein- bzw. Ausreise, auch wenn das ein, zwei, drei oder mehrere Tage sind? – ist unbeantwortet geblieben.

Ist es denkbar, Herr Bundesrat, dass die Gesuchsteller allenfalls auf dem Territorium der Botschaft diese Antwort abwarten sollten, in Anbetracht der Verfolgungssituation in der Türkei zum Beispiel?

Koller Arnold, Bundesrat: Solange eine Person nicht in die Schweiz einreist, besteht völkerrechtlich keine Möglichkeit, ihr asylrechtlich Schutz zu gewähren, weil damit eine Verletzung der Gebietshoheit und der Souveränität des fraglichen Staates verbunden wäre. Die schweizerischen Behörden bemühen sich aber, sehr schnell zu reagieren und akut gefährdeten Personen vor Ort behilflich zu sein.

94.5055

Frage Duvoisin
Ausweisung von Ahmet Gueven
und seiner Familie
Question Duvoisin
Expulsion d'Ahmet Gueven et de sa famille

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Wie kann der Bundesrat die Ausweisung von Ahmet Gueven, Familienvater und Ehemann einer im sechsten Monat schwangeren Frau und seit 1988 in der Schweiz wohnhaft, rechtfertigen? Zwei Brüder Ahmet Guevens sind von der türkischen Polizei umgebracht worden. In der Schweiz kommt Ahmet Gueven für sich und den Unterhalt seiner Familie selber auf. Ist der Bundesrat der Ansicht, die Situation der Kurden in der Türkei habe sich verbessert? Wie gedenkt er in Zukunft die Asylgesuche von Kurden, die mit der Politik ihrer Regierung nicht einverstanden sind, zu behandeln?

Texte de la question du 14 mars 1994

Comment le Conseil fédéral peut-il justifier l'expulsion d'Ahmet Gueven, Kurde installé en Suisse depuis 1988, père de famille et époux d'une femme enceinte de six mois, travailleur subvenant à ses besoins et à ceux de sa famille et dont deux frères ont été assassinés par la police turque? Estime-t-il que la situation des Kurdes en Turquie s'est améliorée? Comment entend-il traiter à l'avenir les requêtes des ressortissants kurdes en désaccord avec la politique de leur gouvernement?

Koller Arnold, Bundesrat: Das im Mai 1988 eingereichte Asylgesuch wurde mit Entscheid des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes vom 5. November 1991 rechtskräftig entschieden und die Wegweisung definitiv verfügt. Aufgrund des Gesundheitszustandes eines der drei Kinder wurde die Ausreisefrist bis Ende Juni 1993 erstreckt und anschliessend noch einmal bis zum 30. November 1993 verlängert. Im weiteren wurden am 2. Mai 1992 und 22. November 1993 zwei Aufsichtsbeschwerden eingereicht, denen der Bundesrat mit Entscheid vom 23. Februar 1994 nicht stattgegeben hat. Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die Wegweisung der Familie Gueven grundsätzlich vollziehbar ist und auch die finanzielle Unabhängigkeit der Familie daran nichts ändert. Hinsichtlich der Schwangerschaft von Frau Gueven ist darauf hinzuweisen, dass diese bei den Bundesbehörden bisher nicht geltend gemacht worden ist. Nachdem die zuständige Behörde des Kantons Waadt den Vollzug der Wegweisung jedoch sistiert hat, obliegt es ihr, die Vollzugsmodalitäten auch hinsichtlich dieser Schwangerschaft zusammen mit dem Bundesamt für Flüchtlinge zu klären. Die Frage über die allgemeine Situation der Kurden in der Türkei werde ich gleichzeitig mit der Antwort auf die Frage von Frau Gonseth geben.

94.5063

Frage Gonseth
Kurden. Ausschaffungspraxis
Question Gonseth
Kurdes. Refoulement vers la Turquie

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Was unternimmt der Bundesrat gegen die zunehmenden gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei? Ist die derzeitige Ausschaffungspraxis angesichts der systematischen Verdächtigung von Kurden noch zumutbar?

Texte de la question du 14 mars 1994

Que fait le Conseil fédéral contre la multiplication des graves violations des droits de l'homme en Turquie? Est-il encore possible d'approuver la politique actuelle de refoulement des Kurdes, vu les soupçons auxquels ils sont systématiquement en butte en Turquie?

Koller Arnold, Bundesrat: Wie der Bundesrat bereits mehrmals gesagt hat, verfolgt er mit grosser Besorgnis die Entwicklung der Menschenrechtssituation in der Türkei. Was den Konflikt im Südosten des Landes betrifft, hat er immer die Meinung vertreten, dass nur der Dialog zu einer akzeptablen Lösung führen kann.

Der Bundesrat hat gegenüber der Türkei durchgehend den Standpunkt vertreten, dass Angehörige ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten in ihren Rechten nicht beschnitten werden dürfen und das Recht auf kulturelle, religiöse und sprachliche Eigenständigkeit haben müssen. Kurden müssen das Recht haben, ihre Sprache zu studieren und zu gebrauchen und ihre Kultur im Rahmen des türkischen Staates zu pflegen, wie die Türken.

Auf bilateraler Ebene sind derzeit die Interventionsmöglichkeiten bei den türkischen Behörden stark eingeschränkt, und ihre Wirksamkeit ist vor dem Hintergrund des aktuellen Verhältnisses zwischen der Schweiz und der Türkei reduziert. Diese Situation zwingt die Schweiz, ihre Bemühungen auf multilateraler Ebene zu konzentrieren. So hat sie die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei vor der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE am 5. Oktober 1993 in Warschau und im speziellen die Tötung von Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Parlamentariern ebenso verurteilt, wie die Anwendung von Folter.

Im Hinblick auf das kurdische Newroz-Fest vom 21. März 1994 und auf die Kommunalwahlen vom 27. März 1994 in der Türkei ist eine Verhärtung der Fronten in der Kurdenfrage festzustellen. Wir erachten aber einen generellen Ausschaffungsstopp für Kurden weiterhin nicht als gerechtfertigt, weil es an einer systematischen Verfolgung fehlt. Das Einzelprüfungsverfahren, das vom Bundesamt für Flüchtlinge und im Beschwerdeverfahren von der unabhängigen Asylrekurskommission durchgeführt wird, erlaubt eine differenzierte Beurteilung des tatsächlichen Schutzbedürfnisses. Ergeben sich konkrete Hinweise auf eine asylrelevante Gefährdung, so wird Asyl gewährt bzw. von einer Wegweisung abgesehen. Die hohe Anerkennungsquote von 26,1 Prozent im Jahre 1993 zeigt, dass die Einzelfallprüfung von den zuständigen Organen sehr sorgfältig vorgenommen wird.

Gonseth Ruth (G, BL): Herr Bundesrat, Ihre Antwort kann mich nicht befriedigen. Das BFF stützt sich ja bei den Einzelfallprüfungen auch immer wieder auf Aussagen von türkischen Behörden. Wie Sie jetzt gesagt haben, ist das Verhältnis zu diesen türkischen Behörden schlecht. Also nehme ich an, dass diese Einzelfallprüfungen häufig auch zu ungerechten Ausweisungen führen.

Ich denke, wir sollten aus der Geschichte lernen und endlich einmal ein Gesetz für Gewaltflüchtlinge machen. Ich möchte Sie fragen: Wann werden Sie ein solches Gesetz vorlegen?

Koller Arnold, Bundesrat: Die Frage des rechtlichen Status der Gewaltflüchtlinge ist Bestandteil der Vorlage zur Ablösung des dringlichen Bundesbeschlusses über das Asylverfahren. Die Expertenkommission ist intensiv am Werk. Die Vorlage wird wahrscheinlich Ende Jahr in die Vernehmlassung gegeben.

94.5057

Frage Steffen
Europäische Jugendkampagne
gegen Rassismus, Fremdenhass,
Antisemitismus und Intoleranz

Question Steffen
Campagne européenne des jeunes
contre le racisme, la xénophobie,
l'antisémitisme et l'intolérance

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Am 13. Februar 1994 fand in Weinfelden eine Demonstration gegen Rassismus statt, die von einer Gruppe «Antifaschistische Aktion» organisiert wurde, von Teilnehmern aus den Bodenseeländern beschickt war und die von radikalen, klassenkämpferischen Parolen begleitet war.

1. Wie beurteilt der Bundesrat diese neu aufflammende Form des politischen Kampfes mittels Demonstrationen mit zum Teil verummten Teilnehmern?
2. Sind dem Bundesrat Verbindungen der Organisatoren zu ausländischen linksextremen Gruppen bekannt, wenn ja, welche?
3. Gehören solche Manifestationen zu den vom Ministerkomitee des Europarates empfohlenen Massnahmen im Rahmen der Jugendkampagne?

Texte de la question du 14 mars 1994

Une manifestation contre le racisme a eu lieu à Weinfelden le 13 février 1994. Organisée par un groupe appelé «Antifaschistische Aktion», elle regroupait des participants suisses, allemands et autrichiens, porteurs de slogans extrémistes appelant à la lutte des classes.

1. Que pense le Conseil fédéral du renouveau de cette forme de lutte politique que sont les manifestations dont les participants sont en partie masqués?
2. Le Conseil fédéral a-t-il connaissance de relations entre les organisateurs de cette manifestation et des groupes étrangers d'extrême gauche? Si oui, quelles sont-elles?
3. Ces manifestations font-elles partie des mesures recommandées par le Comité des ministres du Conseil de l'Europe dans le cadre de la campagne européenne des jeunes contre le racisme, la xénophobie, l'antisémitisme et l'intolérance?

Koller Arnold, Bundesrat: Das Recht, seine Meinung auch in Form von Demonstrationen öffentlich zu vertreten, ist durch die Europäische Menschenrechtskonvention und die Bundesverfassung garantiert. Im übrigen ist die Frage eines Vermummungsverbots bei Demonstrationen Sache des kantonalen Rechts.

Der Bundesrat ist allerdings folgender Auffassung: Wer in einem freien, demokratischen Rechtsstaat demonstriert, hat grundsätzlich keinen Anlass zur Vermummung.

Über die Gruppe «Antifaschistische Aktion» liegen keine genaueren Informationen vor. Da bisher keine bedeutenden Gewalttätigkeiten von ihr verübt worden sind, haben die Organe des eidgenössischen Staatsschutzes nach dessen Neuausrichtung vorderhand keine Veranlassung, sich mit ihr zu befassen.

Die Umsetzung des Aktionsplans des Europarates gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz wird derzeit ausgearbeitet. Die genannte Demonstration steht in keinem Zusammenhang damit.

Steffen Hans (D, ZH): Herr Bundesrat Koller, ich möchte mich für Ihre Antworten bedanken. Allerdings muss ich Sie dahin orientieren, dass die Einleitung zu meinen Fragen entweder von den Parlamentsdiensten oder von Ihrer Verwaltung gekürzt wurde, ohne mit mir Rücksprache zu nehmen.

Meiner Meinung nach ist das eine Ungebührlichkeit, die ich nicht akzeptiere. Ich verlange von Frau Generalsekretärin Huber diesbezüglich eine Erklärung und die Mitteilung, wer für dieses Streichkonzert verantwortlich ist.

Ich lese deshalb den gestrichenen Text, er steht am Anfang meiner Frage, hier vor: «Am Europagipfel in Wien, 1993, wurde das Ministerkomitee beauftragt, einen Aktionsplan zu entwickeln und zu finanzieren, nach welchem eine Kampagne mit obiger Zielsetzung zu starten sei, getragen von nationalen und lokalen Komitees.» Zweiter Abschnitt – ebenfalls gestrichen –: «In Deutschland besteht eine Organisation 'Jugend gegen Rassismus', JRE, mit Beziehungen in alle europäischen Länder, welche durch die PDS, die Nachfolgepartei der kommunistischen SED der ehemaligen DDR, gesteuert und finanziert sein soll.» Nachher kommt die Einleitung, die Ihnen vorliegt. Ich möchte Sie ersuchen, Herr Bundesrat Koller, mir und dem Rat unter zusätzlicher Berücksichtigung der gestrichenen Einleitung schriftlich Antwort zu geben.

Koller Arnold, Bundesrat: Herr Steffen, ich kann Sie beruhigen: Der Text, den Sie vorgelesen haben, liegt meinen Unterlagen bei. Es dürfte also eher ein Betriebsunfall im Sekretariat gewesen sein.

Was wir zu diesen Fragen zu sagen haben, haben wir gesagt. Ich sehe keine Ergänzungsmöglichkeit.

94.5065

Frage Reimann Maximilian
Kostenkalkulation der neuen Identitätskarte
Question Reimann Maximilian
Coût de la nouvelle carte d'identité

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Trifft es zu, dass die neue Identitätskarte 35 Franken kosten wird, davon aber bloss rund 20 Prozent auf die Herstellung entfallen, der grosse Brocken jedoch zur Abdeckung des administrativen Aufwands von Bund, Kanton, Gemeinde und PTT eingestrichen wird? Wäre ein derartiges Missverhältnis zwischen Produktion und Verwaltung unternehmerisch belegbar, oder verbirgt sich dahinter nicht eher eine verkappte neue Steuer?

Texte de la question du 14 mars 1994

Est-il vrai que la nouvelle carte d'identité coûtera 35 francs, dont seulement 20 pour cent serviront à couvrir les frais de production, la Confédération, les cantons, les communes et les PTT se taillant la part du lion pour leurs frais administratifs? Une telle disproportion entre coûts de production et d'administration se justifie-t-elle d'un point de vue économique? Ne camoufle-t-elle pas plutôt un nouvel impôt déguisé?

Koller Arnold, Bundesrat: Mit der Kartengebühr, deren definitive Ausstattung übrigens noch nicht feststeht, werden nur die tatsächlichen Kosten abgedeckt. Für Erwachsene ist eine Gebühr von 35 Franken und für Kinder eine solche von 25 Franken vorgesehen. Bei den Karten für Erwachsene teilen sich die Kosten wie folgt auf: Herstellung 25 Prozent, Versand 20 Prozent, davon zwei eingeschriebene Briefe zum Sondertarif von 7 Franken, administrativer Aufwand Gemeinden 45 Prozent, Amortisation, Infrastruktur und Betrieb der eidgenössischen Datenbank 10 Prozent.

94.5078

Frage Bäumlin
Ausschaffungsrouten via Ungarn
Question Bäumlin
Convention avec la Hongrie
concernant la reprise de personnes refoulées

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Bundesrat Koller hat am 4. Februar 1994 ein schweizerisch-ungarisches Rückübernahmeabkommen für ausgeschaffte Kosovo-Albaner unterzeichnet, das vom neugewählten ungarischen Parlament noch ratifiziert werden muss.

Gibt es weitere solche oder ähnliche Abkommen respektive Absprachen (die Rede war von Mazedonien, Rumänien, Bulgarien), wer hat sie unterzeichnet, und müssten sie nicht auch dem schweizerischen Parlament zur Ratifikation vorgelegt werden?

Texte de la question du 14 mars 1994

M. Koller, conseiller fédéral, a signé le 4 février 1994 avec la Hongrie une convention concernant la reprise d'Albanais du Kosovo qui ont été refoulés. Le nouveau Parlement hongrois doit encore la ratifier.

Existe-t-il d'autres accords ou conventions de ce type (on parle d'accords avec la Macédoine, la Roumanie et la Bulgarie)? Qui les a signés? Ne devraient-ils pas être également ratifiés par le Parlement suisse?

Koller Arnold, Bundesrat: Der Bundesrat ist gestützt auf Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe a Anag für den Abschluss von Rückübernahmeabkommen zuständig. Im Abkommen über die Übernahme und Übergabe von Personen an der Staatsgrenze mit Ungarn wird u. a. auch der Durchschub von Dritt- ausländern über das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates geregelt. Derartig umfassende Rückübernahmeabkommen mit anderen Staaten in dieser Region existieren nicht.

Im Oktober 1993 sistierten die mazedonischen Behörden vorläufig die Transitvereinbarung. Mithin war es technisch nicht mehr möglich, abgewiesene Asylbewerber zwangsweise über Mazedonien wegzuwenden. Weil aber die schweizerischen Behörden, die unabhängige Asylrekurskommission eingeschlossen, der Meinung waren – und übrigens immer noch sind –, dass die Ausschaffung zulässig und zumutbar ist, suchten wir nach alternativen Routen und führten mit verschiedenen Ländern Gespräche. Diese Absichten haben wir nie verheimlicht. Die Einschätzung der Lage steht im übrigen nach wie vor im Einklang mit der Beurteilung des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge und der meisten westeuropäischen Staaten.

Was Bulgarien angeht, haben die Behörden dieses Landes grundsätzlich keine Einwände gegen den Transit abgewiesener Kosovo-Albaner, sofern die Transitierenden gültige Reisepapiere besitzen. Ausserdem muss die Schweiz sich verpflichten, Personen, die illegal in Bulgarien bleiben sollten, wieder zurückzunehmen. Derzeit ist das Bundesamt für Flüchtlinge noch daran, mit Bulgarien technische Details zu regeln.

Bäumlin Ursula (S, BE): Herr Bundesrat, ich möchte Sie fragen: Von welchem Umfang der Abmachungen an liegen schriftliche Verträge vor? Ist es mir als Parlamentarierin möglich, solche Verträge einzusehen?

Koller Arnold, Bundesrat: Frau Bäumlin, ich kann Ihnen die Kompetenznorm für den Abschluss dieser Verträge als «executive agreement» durch den Bundesrat genau benennen. Es ist Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe a Anag. Selbstverständlich sind diese «executive agreements» keine Geheimdokumente, sondern stehen Ihnen, wenn sie einmal abgeschlossen sind, zur Verfügung.

94.5042

Frage Bircher Peter
SBB. Neues Rollmaterial und Lärmschutz
Question Bircher Peter
CFF. Nouveau matériel roulant
et protection contre le bruit

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Drängt sich nicht aufgrund der Annahme der Alpen-Initiative die forcierte Beschaffung von Rollmaterial für die Bahn auf, und ist anstelle von kostspieligen örtlichen Lärmschutzmassnahmen nicht vermehrt auf neues und «leiseres» Rollmaterial zu setzen, vorab auch für den Gütertransport, zumal die entsprechenden Kapazitäten bei schweizerischen Herstellerfirmen offensichtlich nicht voll genutzt sind?

Texte de la question du 14 mars 1994

L'acceptation de l'initiative des Alpes ne rend-elle pas nécessaire l'acquisition de matériel roulant, et ne faut-il pas, plutôt que d'ériger des installations antibruit coûteuses, donner la préférence à de nouveaux véhicules plus silencieux, en particulier pour le transport des marchandises, d'autant que les capacités des entreprises suisses ne sont de toute évidence pas pleinement utilisées?

Koller Arnold, Bundesrat: Ich fungiere hier als Stellvertreter von Bundesrat Ogi. Ich würde Ihnen im Sinne einer rationellen und auch sachgerechten Abwicklung empfehlen, dass Zusatzfragen vom zuständigen Departement beantwortet werden.

Zur Frage von Herrn Bircher: Am Anfang dieses Jahres wurde die Kapazität des Huckepackkorridors Gotthard erheblich erhöht. Das nötige Rollmaterial ist vorhanden, um auch rasch steigender Nachfrage zu genügen. Die Umsetzung der Alpen-Initiative wird im übrigen jetzt zuerst sorgfältig geprüft. Irrendwelche voreilige Beschaffungsentscheide kommen nicht in Frage.

Es ist unbestritten, dass mit geeigneter Reduktion der Lärmemissionen an der Quelle auf teure Lärmschutzmassnahmen bei den Betroffenen zum Teil verzichtet werden kann. Sehr viel wäre zu erreichen, wenn die vielen Güterwagen mit Klotzbremsen eliminiert werden könnten. Das Problem stellt sich weniger in der Schweiz als im Ausland und lässt sich nicht kurzfristig lösen. Die SBB besitzen nur 30 Prozent der in der Schweiz zirkulierenden Güterwagen.

94.5048

Frage Steinemann
Richten Geschenk-Taxcards Schaden an?
Question Steinemann
Les télécartes-cadeaux causent-elles des dégâts?

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Im Oktober 1993 sind an die PTT-Mitarbeiter 5-Franken-Taxcards verschenkt worden, die in Zirkulare eingeklebt waren. Beim Lösen bleibt der Leim an der Karte haften, der wiederum beim Benutzen die Elektronik der Telefonautomaten beschädigen kann.

– Sind durch diesen Fehler «im eigenen Haus» grössere Schäden entstanden?

– Unter welchem Titel ist diese Geschenkkarte versandt worden?

Texte de la question du 14 mars 1994

En octobre 1993, les collaborateurs des PTT ont reçu en cadeau des télécartes de 5 francs qui étaient collées à la circulaire. La colle restée sur les télécartes peut perturber le système électronique des téléphones publics.

– Cette faute commise par l'entreprise des PTT elle-même a-t-elle provoqué des dégâts d'une certaine importance?

– A quel titre a-t-on fait cadeau de ces télécartes?

Koller Arnold, Bundesrat: Den PTT-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden Hinweise zum richtigen Benutzen dieser Geschenk-Taxcards mitgeteilt. Dem Departement sowie Telecom PTT sind keine nennenswerten Schäden bekannt, die auf die Benützung dieser Taxcards zurückzuführen sind.

Zur zweiten Frage: Das an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PTT verschickte Schreiben der PTT-Generaldirektoren und des Präsidenten der Generaldirektion trug den Titel «Aufbruch zur neuen PTT». Es war Teil einer Motivationskampagne für das Personal.

Steinemann Walter (A, SG): Vielleicht können Sie mir sagen, wann die Abonnenten respektive die Steuerzahler eine Motivation in Form einer Geschenkkarte erhalten können.

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Unter dem Motto «Aufbruch zur neuen PTT» hielten die Generaldirektoren in ihrem Mailing an das aktive Personal fest, dass Engagement, kritisches Mitdenken und die Initiative jedes einzelnen notwendig sind, damit das Unternehmen PTT mit einem marktorientierten Verhalten den Anforderungen von heute und morgen gerecht werden kann. Um die Initiative der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzuspornen und um ihnen für die tatkräftige Unterstützung zu danken, wurde als kleine «Startprämie» eine Taxcard beigelegt. Weitere Abgaben sind nicht vorgesehen.

94.5050

Frage Carobbio
Strassenunterbruch im Valle Vigezzo**Question Carobbio**
Route du Val Vigezzo.
Entraves à la circulation*Wortlaut der Frage vom 14. März 1994*

Als Folge eines Bergsturzes ist die Strassenverbindung zwischen der Schweiz und Italien auf italienischem Gebiet, kurz nach Camedo, schon seit mehreren Monaten unterbrochen.

Es ist somit eine unangenehme Situation für alle diejenigen entstanden, die diese Strasse passieren müssen, vor allem aber für die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, für die diese Verbindung zum Arbeitsplatz von grösster Wichtigkeit ist.

Ich frage deshalb den Bundesrat, ob er von dieser Situation weiss und ob er bereit ist, die schwierige Situation in der Region den zuständigen italienischen Behörden darzulegen und ihnen deutlich zu machen, dass diese Strassenverbindung zwischen der Schweiz und Italien durch das Valle Vigezzo rasch und sicher wiederhergestellt werden muss.

Natürlich bin ich mir bewusst, dass es sich um eine heikle Aufgabe handelt, da wir es mit einer inneren Angelegenheit eines fremden Staates zu tun haben.

Texte de la question du 14 mars 1994

Depuis plusieurs mois, un éboulement bloque la liaison routière entre la Suisse et l'Italie, sur territoire italien, à proximité de Camedo. Cet état de choses est pénible pour les personnes obligées de transiter sur cette route, en particulier pour les frontaliers qui ont un besoin vital de cette liaison pour se rendre à leur travail.

C'est pourquoi je demande au Conseil fédéral de dire s'il est au courant de cette situation et, tout en admettant que la question est délicate puisqu'elle concerne les affaires intérieures d'un autre pays, s'il est disposé à attirer l'attention des autorités italiennes compétentes sur cette situation et sur la nécessité d'un rétablissement rapide d'une liaison routière sûre entre la Suisse et l'Italie par le Val Vigezzo.

Koller Arnold, Bundesrat: Der Bundesrat kennt die gegenwärtige Verkehrssituation auf der Strasse im Val Vigezzo. Der Kanton Tessin und das zuständige Bundesamt haben denn auch schon verschiedentlich darüber beraten. Es ist so, dass die politischen Behörden in diesem Tal momentan selber auf die Wiederinstandstellung und baldige Öffnung der Strasse drängen. Vorderhand scheint es zweckmässiger, wenn der Kanton Tessin und die Gemeinden des Centovalli gemeinsam bei der zuständigen Behörde der benachbarten Region Navarra intervenieren. Das Einschalten einer Bundesbehörde erachten wir im jetzigen Zeitpunkt als verfrüht. Es könnte kontraproduktiv wirken. Der Bundesrat wird aber die Entwicklung verfolgen und nötigenfalls Schritte in Erwägung ziehen.

94.5052

Frage Vetterli
S-plus-Sport- und Ereigniskette**Question Vetterli**
Chaîne de télévision S plus. Jeux olympiques*Wortlaut der Frage vom 14. März 1994*

Anlässlich der Olympischen Winterspiele war es trotz S plus nicht möglich, z. B. in der Deutschschweiz eine Langlauf-Live-Übertragung mit dem welschen Kommentar zu empfangen.

Warum ist dies mit neuerdings vier Ketten nicht möglich?

Wie wird das während den Fussball-WM in diesem Sommer sein? Können z. B. welsche Leute, die in der Deutschschweiz wohnen, ihren welschen Kommentator nicht empfangen? Trotz vier Ketten und Zweikanalton-Systemen?

Texte de la question du 14 mars 1994

Malgré l'existence de la quatrième chaîne de télévision, il n'a pas été possible, en Suisse alémanique, de suivre en français la retransmission en direct des courses de ski de fond lors des derniers Jeux olympiques.

Pourquoi n'est-ce pas possible malgré la quatrième chaîne?

Qu'en sera-t-il cet été de la Coupe du monde de football? Les Romands habitant en Suisse alémanique ne pourront-ils pas non plus assister à la retransmission des matchs dans leur langue, malgré les quatre chaînes et le système bicanal?

Koller Arnold, Bundesrat: Sportereignisse von nationaler Bedeutung werden in der Schweiz entweder in einem der drei Hauptprogramme oder auf der Sportkette generell im Zweikanalton-Verfahren ausgestrahlt. Dies galt aufgrund einer speziellen Schaltanweisung auch für die Langlaufwettbewerbe an den Olympischen Spielen von Lillehammer. Die SRG hat bestätigt, dass alle Langlaufwettkämpfe in der deutschen Schweiz mit deutschem und französischem Kommentar, in der Romandie mit französischem und deutschem Kommentar und im Tessin mit italienischem und deutschem Kommentar ausgestrahlt wurden. Allfällige Störungen bei der Zweikanal-Übertragung können in Einzelfällen bei den Sendern der PTT-Betriebe, bei den Kabelnetzen oder beim Empfänger beziehungsweise bei der Fernbedienung auftreten. Ältere Kabelnetze mit bescheidener technischer Infrastruktur sind dabei besonders anfällig.

Der Bundesrat kann den Fragesteller auch bezüglich der Fussball-Weltmeisterschaften in den USA beruhigen. Nach Auskunft der SRG werden alle Fussballspiele während den Weltmeisterschaften national und im Zweikanalton-Verfahren übertragen.

94.5053

Frage Vetterli
Fernsehen S plus

Question Vetterli
Chaîne de télévision S plus

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Angenommen, ein Auftraggeber möchte S plus finanziell unterstützen, und gibt deshalb einen oder mehrere Fernsehspots für das S-plus-Programm auf: Hat dann S plus einen direkten finanziellen Vorteil, oder fliesst dieses Geld via AG für das Werbefernsehen in den grossen SRG-Topf?

Wenn ja, was bekommt in diesem Falle S plus prozentual?

Wie ist die Regelung bei Sponsorgeldern für S plus?

Texte de la question du 14 mars 1994

En admettant que quelqu'un veuille soutenir financièrement S plus et que, pour ce faire, il charge cette chaîne de diffuser un ou plusieurs spots publicitaires, ladite chaîne en tirera-t-elle un avantage financier direct ou alors cet argent tombera-t-il dans l'escarcelle de la SSR, via la SA pour la publicité à la télévision?

Si oui, quel pourcentage touche dans ce cas S plus?

Quelles dispositions régent le versement d'argent par des sponsors en faveur de S plus?

Koller Arnold, Bundesrat: Die Werbeeinnahmen und Empfangsgebühren fliessen alle in dieselbe Kasse der SRG. Davon werden von der Generaldirektion den einzelnen Unternehmungseinheiten wie z. B. S plus Mittel zugewiesen. Ein Auftraggeber kann also mit Werbung nicht direkt S plus unterstützen, wohl aber indirekt.

Die Mittel für S plus werden nicht prozentual zugeteilt. Jedenfalls decken die Werbeeinnahmen dieses Senders die Programmkosten bei weitem nicht.

Nur beim Sponsoring fliessen die Gelder S plus direkt zu. Das bedeutet also: Wer S plus direkt unterstützen will, muss dies mit Sponsoring tun.

Vetterli Werner (V, ZH): Herr Bundesrat, ich bitte Sie, Ihrem Kollegen Ogi respektive dessen Departement die Zusatzfrage weiterzugeben.

Diese Tatsache ist für die S-plus-Macher alles andere als motivierend. Dieser Sender bekommt also, ob er null oder 5000 Spots im Jahr in Auftrag erhält und ausstrahlt, von der SRG 32 Millionen Franken und keinen Franken mehr oder weniger. Das ist nicht gerade motivierend!

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Die Zuteilung der Mittel an die einzelnen Programme liegt im unternehmerischen Ermessen der SRG. Wichtig ist, dass diese mit den Geldern ihren Auftrag erfüllen können. Von dieser Finanzierungsart profitierte S plus bisher. Denn mit den eigenen Werbeeinnahmen könnten die Kosten bei weitem nicht gedeckt werden. Wenn es S plus hingegen gelingt, weitere Sponsoren für einzelne Sendungen zu finden, dann kommt das dem Programm ganz direkt zugute.

94.5059

Frage Steinemann
SBB-Werbung mit Roger Moore

Question Steinemann
Publicité CFF avec Roger Moore

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Für Produktionskosten von 500 000 Franken soll Roger Moore in einem Werbefilmlein für das SBB-Halbtaxabonnement werben. Aus alten «007»-Sequenzen, die 20 Sekunden dauern, und 5 neuen Moore-Sekunden besteht der Beitrag. Haben die SBB keine bessere Verwendung für eine halbe Million Franken?

Texte de la question du 14 mars 1994

Il paraît que, pour 500 000 francs de frais de production, Roger Moore joue dans un petit film publicitaire en faveur de l'abonnement demi-tarif des CFF. Pendant 20 secondes, on voit l'acteur, dans d'anciens films, interpréter le rôle de l'agent 007, et durant 5 secondes, on le voit sous sa véritable identité.

Les CFF ne pourraient-ils pas mieux utiliser ce demi-million de francs?

Koller Arnold, Bundesrat: Mit dem Halbtaxabonnement und den dazugehörigen Fahrausweisen erwirtschaften die schweizerischen Transportunternehmungen einen Jahresumsatz von rund 980 Millionen Franken. Das gesamte Werbebudget für das Halbtaxabonnement beträgt 0,3 Prozent dieses Umsatzes. Dieser Werbeanteil ist, verglichen mit der Werbung für andere Verkehrsmittel, sehr gering.

Auch für die SBB ist eine gute Werbung unerlässlich, um die Kundschaft auf attraktive Angebote aufmerksam zu machen. Die Kampagne mit Roger Moore hat ihre ausserordentliche Wirksamkeit im übrigen schon damit bewiesen, dass die Massenmedien bereits vor Ausstrahlung der ersten Spots gratis gross aufgemachte Beiträge dazu bringen.

Steinemann Walter (A, SG): Nach diesen Zahlen scheint die Zusatzfrage fast überflüssig, aber ich möchte sie trotzdem stellen. Halten die SBB solche Werbeaktionen für das allseitig bestens bekannte Halbtaxabonnement für gerechtfertigt, wenn zuerst 3333 1/3 Halbtaxabonnemente verkauft werden müssen, bis nur die Werbekosten für diesen Gag eingebracht sind und ohne dass diese Halbtaxabos etwas an die Kosten und Aufwendungen der SBB beigesteuert haben?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Die Werbung für das Halbtaxabonnement ist Werbung für den öffentlichen Verkehr generell. So hat die «Borromini»-Werbekampagne wesentlich dazu beigetragen, dass die Anzahl der Abonnementsbesitzer von 600 000 auf fast 2 Millionen gestiegen ist. Mit dem Abonnement werden oft treue Bahnkunden gewonnen. Trotz hohem Bekanntheitsgrad des Halbtaxabos erachten die SBB eine gezielte Werbung für dieses Produkt auch heute als unerlässlich. Immerhin wurde der Preis inzwischen auf 150 Franken angehoben und die Rezession macht sich bei der Verkehrsnachfrage bemerkbar. Mit der neuen Werbeaktion wird angestrebt, dass möglichst viele der gegenwärtig noch rund 1,8 Millionen Halbtaxabonnemente erneuert respektive zusätzliche Abonnemente gelöst werden. Marktforschungen jüngerer Datums zeigen klar, dass eine Nichterneuerung umgehend zu einem Rückgang der Benutzung des öffentlichen Verkehrs führt. Gerade dies gilt es aber zu verhindern: Die finanziellen Ergebnisse im öffentlichen Verkehr sind unter anderem direkt von der Kapazitätsauslastung abhängig.

94.5060

Frage Ruf
Auskünfte über Namen und Adressen
von Fahrzeughaltern. Einhaltung des Datenschutzes

Question Ruf
Identité des propriétaires de véhicules
et protection des données

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Ende 1993 einigten sich die PTT und die Strassenverkehrsämter der Kantone sowie des Fürstentums Liechtenstein darauf, die Namen und Adressen von Fahrzeughaltern anhand der Kontrollschilder über die Telefonauskunft 111 sowie über Videotex zugänglich zu machen. Für den eidgenössischen Datenschutzbeauftragten erfüllt diese geplante Auskunftserteilung laut Presseberichten nur dann die Anforderungen des Datenschutzes, wenn verschiedene Bedingungen erfüllt werden (keine Serienauskünfte; nur eine Auskunft pro Abfrage; Beschränkung der Auskunft auf Name, Vorname, Adresse; Recht auf Datenspernung bei schutzwürdigem Interesse usw.).

1. Ist sichergestellt, dass den Erfordernissen des Datenschutzes vollumfänglich Nachachtung verschafft wird?
2. Besteht nach Ansicht des Bundesrates überhaupt ein ausreichendes öffentliches Interesse bzw. ein Bedürfnis, das über die blosser Befriedigung von Neugier hinausgeht, an einer derartigen Auskunftserteilung? Wenn ja, welches?
3. Wann wird dieser Dienst eingeführt? Welche Kantone beteiligen sich nicht daran?

Texte de la question du 14 mars 1994

Fin 1993, les PTT et les offices de la circulation routière des cantons et du Liechtenstein se sont mis d'accord pour rendre accessibles les noms et adresses de propriétaires de véhicules (à l'aide des plaques de contrôle) par le canal du 111 et du vidéotex. Comme on a pu le lire dans la presse, le préposé fédéral à la protection des données considère que cette volonté de transparence n'est conforme aux exigences de la protection des données que si un certain nombre de conditions sont remplies (pas de renseignements en série; un seul renseignement par appel; limitation du renseignement aux noms, prénoms et adresses; droit de bloquer l'accès aux données en cas d'intérêt légitime, etc.).

1. Peut-on garantir que les exigences de la protection des données seront entièrement respectées?
2. Cette volonté de transparence répond-elle, de l'avis du Conseil fédéral, à un intérêt public suffisant, voire à un besoin réel allant au-delà de la curiosité personnelle? Dans l'affirmative, lequel?
3. Quand ce service sera-t-il mis en place? Quels cantons n'y participeront pas?

Koller Arnold, Bundesrat: Mit der neuen Dienstleistung der PTT können dieselben Auskünfte eingeholt werden, welche bisher schon in Buchform frei erhältlich waren. Weiterhin bleiben auch die Kantone für die Daten bzw. deren Schutz verantwortlich. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, beim Strassenverkehrsamt die Nichtveröffentlichung zu verlangen. Dem Datenschutz wird somit Rechnung getragen.

Es mag verschiedenste, dem Bundesrat im einzelnen nicht bekannte Gründe geben, weshalb jemand einen Autoindex konsultiert. Tatsache ist, dass ein solches Informationsbedürfnis besteht.

Diese Dienstleistung wird von der Telecom PTT voraussichtlich ab Sommer 1994 angeboten. Die Telecom PTT rechnet, dass bis 1995 die Daten aus allen Kantonen zur Verfügung stehen werden.

94.5064

Frage Nabholz
Unabhängige Untersuchungsinstanz
bei SBB-Unfällen

Question Nabholz
Accidents de chemins de fer:
organe d'enquête indépendant

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Vor mehr als einem Jahr habe ich ein Postulat eingereicht mit der Forderung an den Bundesrat, die Möglichkeit der Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungsinstanz bei SBB-Unfällen zu prüfen. Der Bundesrat hat das Postulat entgegengenommen.

Was ist seither erfolgt? Hat der Bundesrat allenfalls schon entsprechende Schritte eingeleitet, und, wenn ja, wird die Untersuchung beim Eisenbahnunglück von letzter Woche in Zürich-Affoltern bereits unter neuen Voraussetzungen vorgenommen?

Texte de la question du 14 mars 1994

Il y a plus d'un an, j'avais déposé un postulat par lequel je demandais au Conseil fédéral d'étudier la possibilité d'instituer un organe d'enquête indépendant pour les accidents des CFF. Le Conseil fédéral avait accepté mon postulat.

Qu'a-t-on fait depuis? Le Conseil fédéral a-t-il déjà pris des mesures en ce sens et, dans l'affirmative, l'enquête sur l'accident de chemin de fer de la semaine passée se fera-t-elle dans des conditions nouvelles?

Koller Arnold, Bundesrat: Auf Veranlassung des EVED hat das Bundesamt für Verkehr eine Totalrevision der Unfallmeldeverordnung aus dem Jahre 1925 (Verordnung über das bei Gefährdungen oder Unfällen im Bahn- und Schiffsbetrieb zu beobachtende Verfahren) eingeleitet. In diesem Zusammenhang wird erneut die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungsinstanz bei Bahnunfällen geprüft werden. In diese Revision wird auch das Meldeverfahren für Störfälle gemäss neuer Störfallverordnung vom 27. Februar 1991 einbezogen. Die Untersuchung des bedauerlichen Unfalls in Zürich-Affoltern wird noch im Rahmen der bisherigen Zuständigkeiten durchgeführt werden müssen.

Nabholz Lili (R, ZH): Vielen Dank für Ihre Antwort. Kann man eine zeitliche Angabe machen, wann nach diesem neuen System verfahren wird?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Die Frage einer unabhängigen Untersuchungsinstanz wird im Rahmen der in Revision befindlichen Unfallmeldeverordnung geprüft. In deren Bearbeitung sind die neuen Elemente der Störfallverordnung einzubeziehen. Dies bedingt eine sauber entwickelte Gesamtsicht. Die revidierte Unfallmeldeverordnung dürfte im Laufe des Jahres 1995 vorliegen.

94.5068

Frage Gross Andreas
Transport gefährlicher Güter.
Bahnlinien

Question Gross Andreas
Transport de matières dangereuses.
Parcours des convois

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Bereits nach dem Explosionsunglück im Januar 1991 in Stein (AG) ist im Zürcher Kantonsrat der Vorschlag zur Sprache gekommen, zur Reduzierung des Risikopotentials in dichtbesiedelten Gebieten für den Transport gefährlicher Güter Bahnlinien zu wählen, die Zürich mehr umfahren als die Linie, welche auch den Bahnhof Zürich-Affoltern bedient.

Ist der Bundesrat bereit, den neuesten Explosionsunfall, bei dem wir mit viel Glück um eine noch viel grössere Katastrophe herumgekommen sind, zum Anstoss zu nehmen, die SBB mit der Überprüfung entsprechender Alternativen (teilweise abgebaute Strecke Otelfingen–Niederglatt bzw. die vom Personenverkehr derzeit entlastete Strecke dem Rhein entlang, Koblenz–Eglisau–Bülach) zu beauftragen?

Wie steht es mit der Gefährdung anderer dichtbesiedelter Gebiete in der Schweiz?

Texte de la question du 14 mars 1994

Après l'explosion survenue en janvier 1991 à Stein (AG), le Parlement du canton de Zurich avait déjà proposé, dans le but de réduire les risques d'accident dans les régions densément peuplées, de faire passer les convois de matières dangereuses par des lignes ferroviaires contournant la ville de Zurich à une distance plus éloignée que la ligne qui dessert notamment la gare de Zurich-Affoltern.

Le Conseil fédéral est-il disposé, après l'accident qui vient de se produire dans cette gare et qui aurait pu provoquer une catastrophe bien plus grave, à saisir l'occasion pour charger les CFF d'examiner la possibilité de faire passer les convois par d'autres lignes (par la ligne en partie désaffectée reliant Otelfingen à Niederglatt ou par la ligne Koblenz–Eglisau–Bülach, le long du Rhin, qui est pour l'instant moins utilisée pour le transport des voyageurs)? Qu'en est-il du danger que courent d'autres régions de Suisse à forte densité de population?

Koller Arnold, Bundesrat: Jede Bahnlinie im Schweizer Mittelland führt in kurzen Abständen durch dichter besiedelte Gebiete. Alternative Wege mit merklich oder gar wesentlich geringeren Risiken sind daher kaum zu finden. Dies trifft auch auf die erwähnten Beispiele zu. Der Unfall von Zürich-Affoltern hätte sich an einer anderen Linie mit denselben Auswirkungen ergeben können.

Die Wiederbenützung der teilweise abgebauten Strecke Otelfingen–Glattal würde nicht zu geringeren Risiken führen. Je nach Bestimmungsort müssten die Züge Orte wie Glattbrugg, Rümlang, Oberglatt, Niederglatt, Bülach durchfahren. Primär muss es darum gehen, die Entstehungsrisiken nach dem neuesten Wissensstand möglichst tief zu halten, nicht aber Risiken von einer Gegend in eine andere zu verlagern.

Aus Sicherheitsüberlegungen sind grössere Umwegverfahren zu vermeiden. Um das Risiko zu vermindern, wird nach einem möglichst unbehinderten Lauf der Züge mit Gefahrengut gesucht. Dies setzt der freien Streckenwahl aber Grenzen. Es gilt, laufend Massnahmen zu überprüfen und zu ergreifen, um die Sicherheit zu erhöhen. Völlig ohne Restrisiko wird unsere moderne Gesellschaft aber nie leben können.

94.5069

Frage Gross Andreas
Transport gefährlicher Güter.
Fahrzeugsicherheit

Question Gross Andreas
Transport de matières dangereuses.
Sécurité des véhicules

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

25 Prozent aller transportierten Güter sind sehr gefährlich. Ist der Bundesrat bereit – sinnigerweise koordiniert mit den europäischen Partnern –, Anstrengungen zu unternehmen, damit explosive und gefährliche Stoffe auf Strasse und Schiene in absehbarer Zeit nur noch in Behältnissen mit doppelten Wänden transportiert werden dürfen, so dass die Explosionsgefahr bei Unfällen drastisch reduziert werden kann?

Texte de la question du 14 mars 1994

25 pour cent de toutes les matières transportées sont très dangereuses. Le Conseil fédéral est-il disposé à agir de concert avec ses partenaires européens de manière à ce que, dans un proche avenir, les transports routiers et ferroviaires de matières explosives ou dangereuses se fassent obligatoirement dans des conteneurs à doubles parois, ce qui permettrait de réduire considérablement les risques d'explosion en cas d'accident?

Koller Arnold, Bundesrat: Der Anteil gefährlicher Güter am gesamten Güterverkehrsaufkommen der Schweizer Bahnen beträgt 20 Prozent. Bei rund 60 Prozent dieser gefährlichen Güter handelt es sich um Mineralölprodukte wie Benzin und Heizöl. Die Vorschriften über den Bau, die Prüfung und die Verwendung von Kesselwagen sind Bestandteil strenger gesamt-europäisch harmonisierter Vorschriften für die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn.

Dieser Gesetzestext wird laufend überarbeitet und dem Stand der Technik und Wissenschaft auf diesem Gebiet angepasst. Der Bundesrat wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, damit neue Erkenntnisse in der Sicherheitstechnik beim Transport gefährlicher Güter auf der Schiene und der Strasse raschmöglichst in die internationalen Regelwerke einfließen. Das Ergebnis der laufenden Untersuchung des Unfalles von Zürich-Affoltern wird zeigen, ob Änderungen in den Bauvorschriften für Tanks zur Beförderung von Benzin, wie z. B. höhere Wanddicken oder doppelte Wände, angezeigt sind.

94.5072

Frage Hafner Ursula
Konzession SRG.
Kultur- bzw. Informationsauftrag

Question Hafner Ursula
Concession SSR.
Mandat culturel et mandat d'informer

Wortlaut der Frage vom 14. März 1994

Aufgrund eines Antrages von Frau Ständerätin Bühler hat das Parlament in Artikel 26 des Radio- und Fernsehgesetzes (vom 21. Juni 1991) den Kulturauftrag dem Informationsauftrag vorangestellt. Die Debatte machte deutlich, dass die Umstellung als politische Prioritätensetzung gewertet werden muss. Wie ist es unter diesen Umständen zu erklären, dass in Artikel 3 der SRG-Konzession vom 18. November 1992 der Informationsauftrag nun trotzdem vor dem Kulturauftrag figuriert?

Texte de la question du 14 mars 1994

Sur proposition de M^{me} Bühler, conseillère aux Etats, le Parlement a, dans l'article 26 de la loi sur la radio et la télévision (du 21 juin 1991) fait passer le mandat culturel avant le mandat d'informer. Les débats qui ont suivi ont montré très clairement que ce renversement est une redéfinition politique des priorités. Comment, dans ces conditions, expliquer que, à l'article 3 de la concession SSR du 18 novembre 1992, le mandat d'informer figure avant le mandat culturel?

Koller Arnold, Bundesrat: In der Tat erwähnt Artikel 26 des Radio- und Fernsehgesetzes den Kulturauftrag vor dem Informationsauftrag der SRG. In der SRG-Konzession ist die Reihenfolge umgekehrt. Dies steht aber im Einklang mit Artikel 3 RTVG, der den allgemeinen Auftrag von Radio und Fernsehen formuliert und zuerst von der Information und erst an dritter Stelle von der Kultur spricht.

Der Bundesrat ist sich der Bedeutung der Kulturförderung bewusst. Dabei kommt der SRG eine bedeutende Funktion zu. Aber nicht nur die Kultur, auch die Information hat in unserer Demokratie eine staatspolitische Funktion, welche die SRG erfüllen muss. Wesentlich ist, dass die SRG den Kultur- und den Informationsauftrag in gleichem Masse erfüllt und damit ihrer Aufgabe als Service public nachkommt. Es wäre falsch, das eine gegen das andere auszuspielen.

Hafner Ursula (S, SH): Ich danke Herrn Bundesrat Koller für die Antwort.

Ich frage Sie, wie sich die Bedeutung der Kulturförderung, von der Sie gesprochen haben, mit dem massiven Abbau von Wortsendungen bei DRS 2 vereinbaren lässt.

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Der Kulturauftrag der SRG darf nicht nur an den Wortsendungen bei Radio DRS 2 gemessen werden. Im übrigen hat Generaldirektor Riva Ende Januar in einem Schreiben an besorgte Kulturschaffende erklärt, dass die SRG voll und ganz zu ihrer Rolle im Kulturbereich stehe. Er hat auch weitere Finanzmittel in Aussicht gestellt, wenn die Sparmassnahmen zu unverantwortbaren programmlichen Konsequenzen führen sollten.

93.430

**Parlamentarische Initiative
(SPK-SR)
Verfahren der Standesinitiative
Initiative parlementaire
(CIP-CE)
Procédure relative
aux initiatives des cantons**

Différences – Divergences

Siehe Jahrgang 1993, Seite 2252 – Voir année 1993, page 2252

Beschluss des Ständerates vom 16. Dezember 1993
Décision du Conseil des Etats du 16 décembre 1993

**A. Bundesgesetz über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse
(Geschäftsverkehrsgesetz)**

**A. Loi fédérale sur la procédure de l'Assemblée fédérale, ainsi que sur la forme, la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs
(Loi sur les rapports entre les conseils)**

Art. 21octies Abs. 1bis (neu), 3

*Antrag der Kommission**Abs. 1bis (neu)*

Eine Initiative wird auf Antrag der Kommission ohne Vorprüfung abgeschlossen, wenn

a. ihr Vorschlag als Antrag zu einem bei der Bundesversammlung hängigen Erlassentwurf eingebracht werden kann;

b. ihr Vorschlag innert einem Jahr vor ihrer Einreichung durch eine andere Standesinitiative oder parlamentarische Initiative eingebracht worden ist.

Abs. 3

.... eine Vertretung des Kantons an. (Rest streichen)

Art. 21octies al. 1bis (nouveau), 3*Proposition de la commission**Al. 1bis (nouveau)*

Sur proposition de la commission, une initiative est classée sans examen préalable lorsque la proposition qu'elle contient:

a. peut être déposée à titre de proposition concernant un projet d'acte législatif en suspens auprès de l'Assemblée fédérale;

b. constitue la matière d'une autre initiative d'un canton ou d'une initiative parlementaire présentée une année avant son dépôt.

Al. 3

.... l'examen préalable de l'initiative. (Biffer le reste)

Caspar-Hutter Elisabeth (S, SG), Berichterstatterin: Es verbleibt zwischen unserem Rat und dem Ständerat bei der Neuregelung des Verfahrens der Standesinitiative folgende Differenz: Es geht um die Anhörung der Kantone als Urheber einer Standesinitiative in den vorprüfenden Kommissionen. Der Ständerat hat als Erstrat beschlossen, dass es im Ermessen der vorprüfenden Kommission liegen soll, ob der initiiierende Kanton angehört wird oder nicht.

Unser Rat hat auf Antrag der damals einstimmigen Kommission beschlossen, dass es ein Recht auf Anhörung der Kantone geben müsse, dass also der Kanton, der eine Standesinitiative beschliesst, in jedem Fall von der Kommission angehört werden solle. Die ständerätliche Kommission beschloss dann ihrerseits wieder knapp, mit 6 zu 5 Stimmen, Festhalten am ursprünglichen Beschluss des Ständerates; der Ständerat ist diesem knappen Mehrheitsantrag diskussionslos gefolgt. Es könnte nun folgende Lösung geben, welche den Verhandlungen beider Räte Rechnung trägt:

Einerseits möchten wir grundsätzlich am Anhörungsrecht der initiiierenden Kantone festhalten, andererseits muss man sehen, dass es tatsächlich Fälle gibt, wo man sich fragen muss, ob eine solche Anhörung noch einen Sinn hat. Dies ist z. B. der Fall, wenn in den Räten bereits eine Vorlage hängig ist. Der Sinn der Vorprüfung ist ja die Bejahung oder Verneinung eines Handlungsbedarfs. Wenn aber schon eine Vorlage vorliegt, ist der Handlungsbedarf bereits bejaht, und die Standesinitiative als solche stösst ins Leere. Der andere Fall ist der, wenn vor relativ kurzer Zeit bereits eine analoge Standesinitiative oder parlamentarische Initiative eingereicht worden ist.

Die Staatspolitische Kommission schlägt Ihnen daher vor, grundsätzlich am Anhörungsrecht der Kantone festzuhalten, in bestimmten Fällen aber keine Vorprüfung durchzuführen und Initiativen abzuschreiben, wenn die beiden genannten Voraussetzungen gegeben sind. Artikel 21octies soll einen neuen Absatz 1bis erhalten.

Bei Absatz 3 stimmen wir einer Streichung zu. Da hat die ständerätliche Kommission zu Recht festgestellt, dass der Satz «Die Kommission des andern Rates kann an der Anhörung teilnehmen» aus rechtlichen Gründen nicht nötig ist, und zwar deshalb, weil die gemeinsame Durchführung von Anhörungen im Geschäftsverkehrsgesetz ohnehin bereits als Möglichkeit vorgesehen ist.

Im Namen der Kommission bitte ich Sie, diesem Kompromiss zuzustimmen.

Darbella Vital (C, VS), rapporteur: L'article 21octies de la loi sur les rapports entre les conseils vise à donner plus d'éclat aux initiatives cantonales. Pour cela, nous proposons un traite-

Fragestunde

Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.03.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	307-324
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 770

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.